

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Riefaer Tageblatt.
Gesamt Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Notars der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Sanitätsamts Witten.

Postkonto: Dresden 1538
Groszkopf Riefa Nr. 22.

Nr. 80.

Dienstag, 5. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 20 Pf. einschließlich
Druckgebühren. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen
für die Nummer des Tagesabends sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für
die 8 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 10 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Text 50%, Aufschlag. Keine
Verpflichtung zum Abdruck, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß, oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Versendungsort Riefa. **Wichtige Anzeigen**
Erhältlich an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Verleger
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riefa. **Geschäftsstelle: Grotzkopf Nr. 22.**
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Einzelteil: Wilhelm Dittich, Riefa.

Deutscher Protest gegen Frankreichs Separatistenpolitik. Pfalzlandgebung im ganzen Reich.

(Berlin. Der französische Regierung wurde durch die Deutsche Botschaft in Paris wegen der Zustände in der Pfalz die folgende weitere Note übergeben:

Die Zustände, die sich in der französischen Zone der auf Grund des Vertrages von Versailles besetzten deutschen Gebiete infolge der separatistischen Umtriebe herausgebildet, und die Förderung, die den landesverräterischen Elementen bei ihrem Vorgehen gegen die deutschen Behörden und gegen die Bevölkerung seitens der französischen Besatzungsbehörden zuteil geworden ist, bilden bereits wiederholt Gegenstand von Beschwerden der deutschen Regierung bei der französischen Regierung. Inzwischen nahmen die Verhältnisse in der Pfalz eine Entwicklung, die von der deutschen Bevölkerung und Regierung nicht länger ertragen werden kann. Die deutsche Regierung stellt sich deshalb veranlaßt, mit allem Ernst die Aufmerksamkeit der französischen Regierung auf diese Zustände zu lenken und sie auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, die sie auf sich nimmt, wenn sie nicht gemäß den ihr als Besatzungsmacht völkerrechtlich und vertraglich obliegenden Verpflichtungen alsbald dafür sorgt, daß die Bevölkerung von den Bedrückungen einer kleinen noch dazu größtenteils landfremden Minderheit, die gegen den ausgesprochenen Willen der überwältigenden Mehrheit die öffentliche Gewalt mit fremder Hilfe an sich gerissen hat, befreit wird, und es ermöglicht, daß die deutschen Behörden in der Pfalz gemäß den Wünschen der Bevölkerung ihre Funktionen wieder frei und ungehindert ausüben können.

Von einer nochmaligen Charakterisierung der Elemente, aus denen sich die Anhänger der separatistischen Unternehmungen zusammensetzen, wird in diesem Zusammenhang abgesehen werden können, nachdem die deutsche Regierung sich hierüber bereits wiederholt geäußert hat. Die deutsche Regierung befindet sich heute im Besitze unabweislicher Beweise, daß die separatistischen Kräfte, obwohl sie ihrerseits schwachbenannt sind, die völlig wehrlosen Bevölkerung gegenüberstehen, niemals imstande gewesen wären, in der Pfalz die Oberhand zu gewinnen, wenn sie nicht von vornherein von den französischen Besatzungsbehörden mittelbar und unmittelbar bei ihrem hochverräterischen Unternehmen unterstützt worden wären. Die nachgewiesenen Umstände ihrer überwiegenden Zahl aus nichtpfälzischen Elementen zusammengesetzten separatistischen Verbänden drängen erst in die Pfalz ein, nachdem sie durch das Verhalten des Generals de Weizsäcker erlangt hatten, daß ihre Verbrechen in besonderer Nähe den Wünschen der französischen Besatzungsbehörden entsprechen und entsprechen. Die Truppen der Separatisten wurden auf der in französischer Verwaltung befindlichen Eisenbahn unentgeltlich teils sogar mit Sonderzügen auf den „Kriegshauptplatz“ befördert. An Orten, die von den Separatisten in erster Linie für den Angriff anberaumt waren, wurden von den französischen Behörden alle Vorbereitungen getroffen, um einen Erfolg des separatistischen Angriffs sicherzustellen.

In Kallerslautern, Speyer, Ludwigshafen, Wirmasens, Kirchheimbolanden, Germersheim und zahlreichen anderen Orten der Pfalz wurde der aus der Bevölkerung von Männern jeden Alters und Standes und ohne Rücksicht auf Parteigebundenheit gebildete Selbstschutz, der den Angriffen der Separatisten auf die öffentlichen Gebäude entgegenzutreten, und die deutschen Behörden schützen wollte, schon vor dem Eintreffen der Separatisten von der französischen Gendarmerie und französischem Militär aufgelöst. Den deutschen Sicherheitsmaßnahmen wurde überall der Gebrauch der Schusswaffe gegen die angreifenden Separatisten unteragt und ein Vorgehen gegen sie von vornherein durch ihre Unterstellung unter französische Oberbefehl und andere entsprechende Maßnahmen unmöglich gemacht. In Kallerslautern und anderen Orten wurden die Separatisten von den amtlichen französischen Stellen sogar mit Schusswaffen ausgerüstet, in Randan von einem französischen Offizier, der von einem Dolmetscher des französischen Delegierten begleitet war, bei einem Waffenhändler sämtliche Waffen und Munition mit Beschlagnahme und an die Separatisten verteilt. In Germersheim wurden vor deren Eintreffen die Plätze vor den öffentlichen Gebäuden von französischem Militär für die Bevölkerung gesperrt und die Separatisten sodann unter dem Schutz französischer Truppen in die Stadt geleitet. Das angesichts solcher Maßnahmen jeder Versuch eines ernsthaften Widerstandes der Bevölkerung gegen die Eindringlinge von vornherein aussichtslos sein mußte, bedarf keiner näheren Darlegung.

Der Wille der französischen Besatzungsbehörden, die Separatisten unter allen Umständen in den mit ihrer Hilfe besetzten öffentlichen Gebäuden zu halten, gelangte auch dadurch zum Ausdruck, daß vor vielen Gebäuden und zum Schutze der auf ihnen gebildeten separatistischen Bahnen französische Wachen aufzogen und Gegenemonstrationen der enttäuschten deutschen Bevölkerung allenthalben von französischen Truppen mit Waffengewalt rücksichtslos unterdrückt wurden. Der aktiven Unterstützung der separatistischen Verbände durch französisches Militär bei der Besetzung der öffentlichen Gebäude entspricht in allen Punkten das Verhalten der französischen Bezirksdelegierten. Zahlreich sind die Erklärungen dieser Vertreter der internationalen Rheinland-Kommission, daß die Separatisten als die tatsächlichen Gewalttäter anerkannt werden müßten, ebenso zahlreich sind ihre Versuche, die deutschen Beamten zu zwingen, unter Druck

ihrer Amtspflicht gegen ihre legitime Regierung unter der Leitung der Separatisten den Dienst fortzusetzen.

Oberleutnant Gabriel, der Finanzreferent des Bezirksdelegierten General de Weizsäcker, forderte sogar, daß die aufkommenden Steuern zur Hälfte an die „Autonome Regierung“ abzuliefern seien. Durch Befehl des Generals de Weizsäcker wurde die einseitige Durchführung der „Verordnung“ der autonomen Regierung über die Erwerbslosenfürsorge in der Pfalz angeordnet, durch die den Unternehmern, den Arbeitern und Gemeinden gewisse Leistungen auferlegt wurden. Durch eine weitere Anordnung dieses höchsten Vertreters der Rheinland-Kommission in der Pfalz wurde sogar den Geistlichen unterlagt, den Gefühlen der Bevölkerung gegenüber dem Separatistenterror Ausdruck zu verleihen.

Während eine große Anzahl von Angehörigen des Selbstschutzes der Bevölkerung verhaftet und wegen „Bildung bewaffneter Posten“ von dem französischen Kriegsgericht zu erheblichen Freiheitsstrafen verurteilt wurde, geschieht nichts, dem terroristischen Treiben der bewaffneten Posten von Separatisten ein Ende zu machen, deren Bildung doch wohl, wenn man der französischen Auffassung folgen will, zum mindesten in dem gleichen Maße wie diejenige des aus der Not der Bevölkerung geschaffenen Selbstschutzes gegen die Bestrebungen des Verfalls des Vertrages und die Verordnungen der Rheinland-Kommission verhöf. Vielmehr stehen die französischen Soldaten neben den bewaffneten Separatisten Posten und unternehmen mit ihnen gemeinsam Patrouillengänge. Die Verbindung der französischen Militärbehörden mit den separatistischen Truppen wird durch einen lebhaften Kurierverkehr aufrechterhalten. Die separatistischen Truppen werden sogar aus den französischen Grenzbezirken verpflegt, mit Unterstützung der Franzosen untergeachtet und jeder Versuch der Bevölkerung, den Separatisten die angemessene Gewalt zu entziehen, wird von den französischen Truppen unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung gewaltsam unterdrückt. Die völlige Beseitigung der öffentlichen Ordnung durch die Separatisten, die Unterdrückung der legitimen deutschen Behörden, die gänzliche Beseitigung der Freiheit der Presse, die Errichtung eines Standgerichts, die willkürliche Verhaftung von Einwohnern und die zahlreichen Verbrechen von Wäldern aus ihrer Heimat haben dagegen den Besatzungsbehörden bisher keinerlei Anlaß zu irgendwelchen Maßnahmen gegeben. Das Einverständnis der französischen Behörden mit der gewaltsamen Vertreibung pfälzischer Bürger durch die Separatisten tritt deutlich zutage. Die Vertriebenen werden beim Übergang vom besetzten in das unbesetzte Gebiet von den Franzosen weder einer Paß- noch einer Zollrevision unterworfen, sobald sie von Angehörigen der separatistischen Armee begleitet sind.

Die deutsche Regierung stellt sich angesichts dieser Tatsachen, die durch keine Ablenkung aus der Welt geschafft werden können, zu der Feststellung genötigt, daß die französischen Behörden unter Missachtung ihrer völkerrechtlichen und vertraglichen Verpflichtungen in der Pfalz Zustände herbeigeführt haben und zulassen, die eine schwere Verletzung der Souveränität des Reiches und Bayerns in sich schließen und die zur Vergewaltigung einer wehrlosen und friedlichen Bevölkerung von 700 000 Menschen geführt haben. Die deutsche Regierung ersucht die französische Regierung, den getrennt und vertraglich imstand in der Pfalz wiederherzustellen und zu diesem Zwecke ihre Organe vor allem anzuweisen:

1. die unter ihrer Führung oder Mitwirkung mit Waffen ausgerüsteten Separatisten zu entwaffnen, ihre Entfernung aus den von ihnen mit Unterstützung der Besatzungsbehörden besetzten öffentlichen Gebäuden zu ermöglichen und die uneingeschränkte Wiederannahme der Tätigkeit der deutschen Behörden wieder zuzulassen;
2. der Rückkehr der von den Separatisten vertriebenen Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen;
3. sich in Zukunft jeder Einmischung in deutsche innerpolitische Verhältnisse, insbesondere jeder unmittelbaren oder mittelbaren Unterstützung aufrührerischer Elemente im besetzten Gebiet zu enthalten.

Ein Pfalztag im Deutschen Reich.

(Berlin. Aus den verschiedensten Volksschichten ist in allen Teilen des Deutschen Reiches in der letzten Zeit vielfach gefordert worden, der unlösbaren Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme mit den Pfälzern sichtbarer und nachdrücklicher Ausdruck zu verleihen. Die WZV, errichtet wird am Sonntag, den 17. Februar 1924, im ganzen Reich ein Pfalztag stattfinden als eine nachdrückliche Kundgebung der Dankbarkeit und als Opferung für die deutsche Pfalz. Die Kundgebung geht aus und wird getragen von den politischen Parteien, von den großen wirtschaftlichen Verbänden sowie von den sonstigen großen kulturellen, karitativen und landmannschaftlichen Vereinigungen. Es ist ein Arbeitsausschuß gewählt worden, der alle Vorbereitungen treffen wird, um den Pfalztag in ernster und würdiger Weise durchzuführen. Gleichzeitig wird aufgefordert, in allen Städten und Gemeinden zeitliche Arbeitsausschüsse zu bilden, die sich die Vorbereitung und Durchführung der Pfalztagkundgebung angelegen sein lassen.

Die Tätigkeit der Sachverständigen.

(Berlin. Ueber die getrigge Tätigkeit der Sachverständigenkommissionen erfährt die ZL von maßgebender Seite: Die beiden Unterkommissionen und die zweite Kommission für Kapitalflucht setzen ihre Beratungen fort. Am Laufe des Nachmittags fand eine Plenarsitzung statt. Die erste Unterkommission, die am Sonnabend mit Dr. Schacht ihre eigenen Pläne einer Goldnotenbank beraten hatte, erweiterte ihren Entwurf jetzt durch Ergänzung verschiedener Einzelheiten. Die Kommission ist der Ansicht, daß bei einem Thema von so ungeheurer Wichtigkeit nicht gleich ein definitiver Plan aufgestellt werden kann, ohne das vorliegende Material auf das sorgfältigste zu prüfen bzw. zu ergänzen.

Die zweite Unterkommission für die Prüfung des Reichshaushaltes hat sich gestern eingehend mit den von der deutschen Regierung unterbreiteten Einzelheiten befaßt und wird heute die Staatssekretäre Fischer und Schröder über die Einnahme- bzw. Ausgabebeile des Reichshaushaltes hören. Die zweite Kommission für die Kapitalflucht hofft noch im Laufe dieser Woche ihre Berliner Arbeiten beenden zu können, um sie nach der Rückkehr der gesamten Kommission nach Paris fortsetzen zu können. Die Buchhaltungssachverständigen dieser Kommission bleiben vorläufig noch in Berlin, da bei der Schwierigkeit der von der Kommission aufgestellten Fragen noch nicht sämtliche Antworten von Seiten der Regierung eingegangen sind. Die Untersuchungen, die bei der Deutschen Bank am Sonnabend ihren Abschluß gefunden haben, werden im Laufe dieser Woche fast auf sämtliche Großbanken ausgedehnt werden.

Schacht und Luther vor den Sachverständigen.

Reichsbankpräsident Dr. Schacht wird heute noch einmal vom Vorkommnis der Sachverständigen gehört werden. Ferner ist eine Besprechung des Sachverständigenausschusses mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther in Aussicht genommen.

Eine deutsche Denkschrift über die Besatzungslohn.

Den Sachverständigen wird in den nächsten Tagen eine Denkschrift über die Besatzungslohn überreicht werden. Außerdem ist den Besatzungsmächten im Verlaufe der schon seit einigen Wochen schwebenden Verhandlungen über die Besatzungslohn oder Tilgung der Besatzungslohn eine Note überreicht worden, in der die Unmöglichkeit der Weiterzahlung der Besatzungslohn dargelegt ist.

Ein Appell an die Banken.

Am 1. und 2. Februar 1924 traten die Landes-, Provinzial- und Bezirkspreisprüfungsstellen zu einer Aussprache in Berlin zusammen. Die Sitzung wurde vom Reichswirtschaftsminister mit einer Darlegung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der sich auf ihr für die Preisprüfungsstellen ergebenden Aufgaben eröffnet. Die eingehende Erörterung insbesondere der Kartellvereinigung und der Zins- und Provisionsbedingungen der Banken ergab eine einmütige Auffassung der Vertreter der Preisprüfungsstellen, die in folgender Entschliessung ihren Ausdruck fand:

„Die Preisprüfungsstellen, insbesondere die mittleren Preisprüfungsstellen, sind bei der Bekämpfung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Machtstellungen im Rahmen ihrer regionalen Zuständigkeit zur Mitarbeit wesentlich berufen, da die Frage der Preisbildung nicht zu trennen ist von der der Geschäftsbedingungen und der Art der Preisfestlegung. Diese Mitarbeit ist im engeren Zusammenhange mit dem Reichswirtschaftsministerium nach dessen Richtlinien vorzunehmen. Dem Reichswirtschaftsministerium bleibt im besonderen die Entscheidung aller Fragen von zentraler Bedeutung vorbehalten.“

Eine Belebung der Wirtschaft und ein weiterer Preisabbau ist sehr wesentlich von der reichlicheren Versorgung der Produktionsbetriebe mit Krediten, von der Erleichterung des Kapitalaustusses zu den Banken durch Beseitigung der unbilligen Spanne zwischen Kredit- und Debetzinsen und von der Ermäßigung der Zins- und Provisionsabgabe zu erwarten. Die Preisprüfungsstellen richten daher an die zuständigen Behörden die Bitte, in diesem Sinne zu wirken. Eine baldige Einsetzung aller Banken auf diese Forderungen wird nicht nur von den Preisprüfungsstellen, sondern auch von der Allgemeinheit gefordert und ist eine der Voraussetzungen für die Gesundung der Wirtschaft.“

Die Rückvergütung

der englischen Ausfuhrabgaben unmöglich.

Der Reichsminister der Finanzen Dr. Luther hat gestern nachmittags Vertreter des an der Verbindung mit England interessierten Exporthandels empfangen, und dabei über die Verhandlungen, die mit der englischen Regierung wegen der 25prozentigen Ausfuhrabgabe geführt worden sind, erklärt, daß die Wiederabnahme der Zahlungen unmöglich sei, da sie den deutschen Etat mit 15-17 Millionen monatlich belasten würden, während die gefamte Summe der an die Beamten des Reiches zu zahlenden monatlichen Gehälter nur 45 Millionen Mark ausmache. Durch die Wiederaufnahme der Zahlungen der 25prozentigen Ausfuhrabgabe würde das Budget des Reiches völlig ruiniert werden. Die deutsche Regierung hat die Verhandlungen in London auch nach der Rückkehr der Vertreter fortgesetzt und eine andere Regelung dieser Frage vorgeschlagen. Er habe die Hoffnung, daß in den kommenden Verhandlungen die jetzt einsetzenden Schwierigkeiten beseitigt werden würden.

Verliches und Gmities.

Miel, den 5. Februar 1924.

Der Wasserstand der Elbe ist heute etwas niedriger, jedoch der Eislauf wieder frei liegt. Die letzten Eisschichten der Elbe sind auf der hiesigen Strecke nicht mehr vorhanden. Der Strom fließt heute vermehrt wieder nach den Ufern hin gedrückt, jedoch die dort noch liegenden Eisschichten sind umfänglicher als bisher. Unterhalb Miels hand das Eis heute vormittag noch fest.

Die Schwerkriegsbeschädigten seien darauf aufmerksam gemacht, daß das Landesamt für Kriegsverwaltungssachen nur noch jeden ersten Freitag im Monat Besuche von 11-12 Uhr für Schwerkriegsbeschädigte im Kreisamt Miels abhält. (S. a. Anzeigenteil.)

Ueber die Tätigkeit der Landessperrämter im Monat Januar. Die Landessperrämter - Standort Miels - einschließlich Bahnhofsstellen und Poststationen, hat im Monat Januar im Stadtbezirk 2 und auf dem Lande in 8 Fällen wegen Diebstahl, 2 Fällen wegen Verleumdung, 1 Fall wegen Betrug, 1 Fall wegen Sachbeschädigung, 2 Fällen wegen Wildern, 18 Fällen wegen anderen Vergehen Urteile gegen die Straftäter gefällt. In 4 Fällen wegen Verleumdung, 18 Fällen wegen Betrug und Landstreichern, 1 Fall wegen Einbruchverbrechen erlosge vorläufige Festnahme und Zurückführung zum Amtsgericht. Wegen Verletzung strafgesetzmäßiger Vorschriften wurden 100 Verurteilten verurteilt und 21 Verurteilten auf dem Wege des abgekürzten Strafverfahrens zur Rechenschaft gezogen.

Der Bund entschiedener Schulreformer, Ortsgruppe Miels, hatte für Sonntag, den 3. Februar, Herrn E. P. N. den Begründer und Leiter der ersten Gartenarbeitschule in Berlin-Neukölln, zu einem Vortrag über das Thema „Der Schulgarten, ein Weg zur Produktionsschule“ eingeladen. Mit zahlreicher Anteilnahme folgte die Jugenderschaft, die sich trotz unangünstiger Zeit und Witterung immerhin zahlreich in der „Hörsaal“ eingefunden hatte, den interessanten Ausführungen des Redners, der in schlichter, aber überzeugender Weise ein Bild von seiner Gartenarbeitschule malte. Erhebliche Schwierigkeiten galt es zu überwinden, bevor das 17 Morgen große Grundstück seiner Bestimmung angeführt werden konnte, nachdem doch erst Wälder und fällige Vorarbeiten aus dem Gelände entfernt, Äckern und schließlich der Felderflur gebildet werden. In enger Anlehnung an den Lehrplan der alten Schule und in ununterbrochener Tätigkeit mit der Schularbeit erfolgte der Ausbau der Gartenarbeitschule, die nach dem Ziel von Tausenden wurde: Eltern, die ihrer Kinder in enger Anlehnung an die Natur lernen wollten, ja selbst gartenlose Fremde, die hier eine Heimstätte fanden. Ihre Tätigkeit suchte die Gartenarbeitschule zur Natur zurückzuführen, an Leib und Seele gesund zu erhalten, durch diese Gemeinschaftsleben zu wirklichen Tatenmenschen zu erziehen und sie von der Straße und vom Schmutz so vieler Schanzen fernzuhalten. Weiter wurde angestrebt, wie durch diese Schularbeit auch die Bewegung der Schrebergärtner und Stadler gefördert würde, die Redner betonte als einen Weg zur Befreiung des Vaterlandes betrachtet. Die Anstrengungen auf Errichtung einer Arbeitschule in Miels bezeichnete Herr P. N. als außerordentlich wichtig und gab eine Reihe beachtenswerter Winke für die Anlage desselben. Vor allem sah er die Kostenfrage in recht günstigen Licht, indem er behauptete, daß die Anlage keine Kosten verursachen würde, in wenigen Jahren schon ein produktives Unternehmen sein könnte, ein Grund, weshalb man unbedingt an die Verwirklichung des von einem schul- und fortschrittstreuenden Stadtparlamente genehmigten Planes heranzugehen sollte.

Der Verband Saxonia der Bäckerinnungen des Reichs hat am 1. April d. J. seinen diesjährigen Verbandstag im Juni in Pirna abhalten.

Gemeindeverordnete und Stadtrat. Zur Behebung von Zweifeln, wie sich nach der Gemeindeverordnetenwahl vom 13. Januar bis zum 1. April 1924 das Verhältnis der neuen Gemeindeverordneten zu dem Gemeindevorstande oder Stadtrats gehalten, wird auf folgenden aufmerksam gemacht: Die neuen Gemeindeverordneten sollen nach § 10 Abs. 1 der Gemeindeordnung von ihrem Zusammentreten an die bisherigen Gemeindeverordnete und Stadtratsmitglieder ersuchen; nach Abs. 2, 3 derselben Paragraphen steht ihnen die alleinige Befehlsgewalt über die ordnungsgemäßen Bestimmungen zu, mit denen Verfassungen und Ortsstatuten der Gemeinden mit dem neuen Gesetze in Einklang zu bringen sind. Absatz 4 folgt, daß die neuen Gemeindeverordneten bis zum 1. April d. J. bezüglich der laufenden Verwaltung der Gemeinde die Stellung und Rechte der alten Gemeindeverordnete bzw. Stadtratsmitglieder wahrnehmen. Sie sind deshalb insoweit Gemeinderatsmitglieder und Stadtratsmitglieder alten Rechts und aus dem jetzt noch geltenden Rechte unterstellt. Deshalb beruht und leitet in Landgemeinden der Gemeindevorstand und in den mittleren und kleinen Städten der Bürgermeister alle Sitzungen, die nicht die förmliche Verfassung und Ortsstatute der Gemeinden zum Gegenstande haben, und hat in diesen Sitzungen das Stimmrecht. Dagegen sind alle Vorlagen der in § 20 Abs. 1 der Gemeindeordnung genannten Art von den neuen Gemeindeverordneten allein zu beschließen. Der Gemeindevorstand hat hier kein Stimmrecht. Die Gemeindeverordneten haben die hierzu notwendigen Sitzungen selbst anzuberaumen. Sie werden deshalb nach Berufung der konstituierenden Sitzung der Gemeindeverordneten (§ 47 Abs. 2 der Gemeindeordnung) nach § 46 der Gemeindeordnung aus ihrer Mitte einen Vorsteher sowie die nötigen Stellvertreter und Schriftführer bestellen müssen und auch durch Körperschaftsbeschlüsse zweckmäßigerweise ihre Ausschüsse bilden. Wegen des hierbei anzuwendenden Wahlverfahrens wird auf die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 26. Januar 1924 - G. M. III G. - (R. M. I. S. 22) verwiesen. Gemeindevorstände, Gemeindevorsteher und Ratmitglieder, die als Gemeindevorordnete gewählt worden sind (was in der Übergangszeit zulässig ist) haben sowohl als Gemeindevorordnete als auch in Angelegenheiten der laufenden Verwaltung auch in der Gemeindevorwaltung, Sitz und Stimme, insofern in den einschlägigen Körperschaften des Gemeinderats und des Stadtrats kein doppeltes Stimmrecht.

Sächsischer Landliedertag. Der Allgemeine Sächsische Liederverband hielt, wie bereits schon gemeldet, am Sonntag in Dresden eine sehr gut besuchte öffentliche Tagung ab. Der Vorsitzende Dr. Kretsch gab einen Überblick von der Jahresarbeit. Wenn alle Liederverände reiflich befruchtbar werden sollten, so würden in Sachsen 4 926 000 Quadratmeter Land gebraucht. Die Zahl der fehlenden Liederverbände betrage 6890. Der zweite Vorsitzende Dr. Kretsch erörterte die Frage der landwirtschaftlichen Erziehung und bemängelte, daß das Reichsministerium entgegen den Bestimmungen des Reichsleistungsgesetzes noch nicht genügend Land aus Staatsgütern zur Verfügung gestellt habe. Oberregierungsrat Dr. Kretsch berichtete über die Kreditbeschaffung für den Wohnungsbau. Er wies darauf hin, daß heute ein Wohnungsbau ohne Bereitstellung von Staatsmitteln nicht möglich sei, da die Spargelder, von denen in Friedenszeiten Wohnungen gebaut wurden, heute fehlen. Oberregierungsrat Dr. Kretsch sprach über staatliche Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot. Er bezeichnete den für den Wohnungsbau an heranzubringenden Mittel vom 10. v. A. des Ertrags

der Wirtschaft als völlig unzulänglich. Er stellte an die Wohnungswirtschaft der Zukunft folgende Forderungen: Deckung des vollen Bedarfs an Mietwohnungsbauten durch gemeinnützige Bauartigkeit; ferner Stellung des Wohnungsbauunternehmens unter soziale Gesichtspunkte und Lösung des Wohnungsproblems der künftigen Familien. Eine ausreichende Unterstützung des Wohnungsbauunternehmens ist unter allen Umständen notwendig. Nach längerer Aussprache wurde die von uns gestellte bereits veröffentlichte Entschliessung einstimmig angenommen.

Verleumdung als ein Drittel Preisermäßigung. Zur Förderung der Volkswirtschaft wird die Verleumdung auch in diesem Jahre wieder Verleumdung verfahren lassen. Um der beschränkten Kaufkraft und der wirtschaftlichen Notlage weiterer Kreise sowie im Hinblick auf die Notlage der Bevölkerung wird statt der bisherigen Ermäßigung von 25 Proz. eine weitere Ermäßigung von 33 1/2 Proz. gemeldet.

Die Aufrechterhaltung der Kupfermünzen. Die Verwirklichung der Verordnung über die Aufrechterhaltung der Kupfermünzen von 1 und 2 Pf. steht nach der gestrigen Beratung im Vorkaufverfahren unmittelbar bevor.

Die Sozialdemokratie fordert die Wiederherstellung der Schwurgerichte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Justizverfassung vom 4. Januar als Initiativantrag dem Reichstag vorgelegt. Er soll das Schwurgericht wiederherstellen, für Schöffengerichte und Strafkammern das zahlenmäßige Übergewicht der Laienrichter über die Berufsrichter durchzuführen, den Umfang der Berufsaufnahme vor den Schöffengerichten dem richterlichen Velleben entgegen und sonstige Dinge bringen, die nach sozialistischer Ansicht zu einer geordneten Rechtspflege gehören.

Zur Schätzung der Einkommens wird ein bemerkenswerter Urteil des Reichsfinanzrats den Steuerbehörden mitgeteilt. In einer Besondere konnten keine ausreichenden Aufklärungen über die Angaben in der Steuererklärung abgegeben werden. Das Finanzamt war daher berechtigt zu schätzen. Das Amt hatte ein Einkommen von mindestens 100 000 Mark angenommen, weil eine Doppelte von 45 000 Mark zurückgeblieben wurde und die Veranlagung, daß die Mittel hierfür durch den Verkauf von Hausrat genommen worden seien, in keiner Weise belegt werden konnte. Dazu kam, daß auch Getränke ausbezahlt wurden. Es könne deshalb gegen die Höhe der Schätzung mangels irgendwelcher von der Steuerbehörde in Betracht gebrachter Unterlagen nichts eingewendet werden.

Frühlingstoten. In den Ufern der Elbe sind die ersten Vögel eingetroffen. Die Uferansiedler (Kornel) gelten bei den Anwohnern der Elbe als die Verkörper des baldigen Eintrittes milder Witterung.

Ueber die Unterstützung privater Betriebe bei Einstellung von Arbeitssuchenden wird mitgeteilt: Zur Befreiung des Arbeitsmarktes hat der Reichsarbeitsminister die Möglichkeit eröffnet, Erwerbsunternehmungen, die ganz oder in selbständigen Betriebsstellen stilllegen, Darlehen oder Zuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen, wenn sie den Betrieb wieder aufnehmen und in ihm mindestens 20 Erwerbslose beschäftigen, die zwei Wochen Erwerbslosenerstützung bezogen haben und noch weiter erwerbslos sein würden. Die Voraussetzungen für diese Förderung, die sich naturgemäß in sehr engen Grenzen halten muß, sind aus den Bestimmungen über die Einleitung unterstützter Erwerbslöser vom 18. Januar 1924, die im Reichsarbeitsblatt Nr. 3 vom 1. Februar 1924 und im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht sind, zu ersehen. Die Anträge auf Bewilligung von Darlehen oder Zuschüssen sind an die Gemeindebehörden zu richten, die mit Zustimmung des Verwaltungsausschusses des öffentlichen Arbeitsnachweises entscheiden.

Unterstützung des Deutschen Turnerbundes. Am Sonntagabend treten von Leipzig aus 1000 Turner, darunter 600 aus Norddeutschland, 280 aus Ostpreußen, die übrigen aus Dresden, Chemnitz usw. die Fahrt nach Wien an. Die Turner werden in Familien österreichischer Turnerbrüder auf vier Monate untergebracht.

Eine Anfrage über die politischen Reaktionen des Reichstags. Der Abg. Dr. Schneider (D. Sp.) hat folgenden Antrag im Landtag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, die Regierung um Mitteilung zu ersuchen, in welcher Weise entsprechend dem Beamtenabbau über die bis zur Einführung des Belagerungszustandes bei den Verwaltungsbehörden vermindert und nunmehr überflüssigen politischen Regierungskommissare verfügt worden ist.

Eine neue Stadt an der Elbe? Nach einer Mitteilung des Gemeindevorstandes Werner in Radebeul in der letzten Gemeindevorstandssitzung sei an einen Zusammenbruch sämtlicher Gemeinden der Elbnieder nicht mehr zu denken. Deshalb beabsichtige Radebeul, beim Ministerium des Innern um die Erwerbung der Stadtrechte nachzusuchen.

Vor einer Ausdehnung der Bergarbeiter im Plauenischen Grunde? Eine Bergarbeiterversammlung, die am Sonntag in Freital stattfand, nahm folgende Entschliessung an: Die Veranlassung liegt mit aller Entschiedenheit bei den Maßnahmen der Verwaltung des sächsischen Berges und des Finanzministeriums, Entlassungen des Arbeitertrates und jeglichen Zwang der Arbeiter, ab. Sollte die Ausdehnung für alle Arbeiter im sächsischen Grunde durchzuführen werden, sind die Verammelten einmütig der Auffassung, den Kampf im Plauenischen Grunde aufzunehmen, bis alle Kammeren wieder eingestellt sind. Während der Dauer des Streiks werden Postkammerarbeiten nicht verrichtet. - Die Verwaltung, ist dem Petitionsrat vorstehend und einem anderen Arbeitertrats- und Belegschaftsmitgliedern im sächsischen Steinbrunnwerk Bauderode gefolgt worden.

Sächsischer Bundeskongress. In der am Sonntag im Regierheim zu Chemnitz abgehaltenen Verwaltungssitzung des Sächsischen Bundeskongresses wurde der Juwelier Leipzig entsprechend, die Ausrichtung eines sächsischen Bundeskongresses zu übernehmen, diesem Vorschlag zugestimmt und als Zeitpunkt hierfür der Monat August festgesetzt.

Landesausschuß der Deutschen Volkspartei. Am Sonntag lagte in Dresden der Landesausschuß der Deutschen Volkspartei. An der Tagung nahmen auch die Reichstagsabgeordneten der sächsischen Volkspartei, Dr. Heine, Dr. Wierling, Brunningshaus und Wunderlich, teil. Die Versammlung billigte einstimmig die von der sächsischen Landtagsfraktion der Partei gestrichene Politik, insbesondere ihr Eingehen auf die große Koalition in Sachsen. Sie sprach sich ebenso einmütig gegen den Plan aus, das Reichstagswahlrecht und die Wahlkreiszerteilung noch jetzt vor den kommenden Reichstagswahlen abzuändern. Ebenso fand die Forderung des Reichsfinanzministers der Partei, auf eine endliche und baldige Verabschiedung des Reichsschulgesetzes hinzuwirken, einstimmige Zustimmung. Es dringen notwendig wurde es beschließen, die herausgehenden Wirtschaft- und Volkswirtschaftsverbände im Geiste der Arbeitsgemeinschaft zu erziehen. Endlich schloß sich der Landesausschuß dem Wunsche an, daß der Beamtenabbau nicht schematisch, sondern den Bedürfnissen des Staates, der höheren oder geringeren Wichtigkeit der einzelnen Ämterstellen entsprechend und unter Vermeidung jeglicher Brutalität gegen die Beamten vorgenommen werde.

Königliche Verzicht über die Gemeindevorordnetenwahl vom 31. Januar 1924. Zu Punkt 1 der Tagesordnung wird Kenntnis genommen von einem Einsprache des Angeklagten Johannes Müller gegen die Gemeindevorordnetenwahl. Sowohl der Gemeindevorstand als auch der Verwaltungsausschuß erklären einstimmig, daß die Wahlhandlung ohne Beeinträchtigung der Wahlergebnisse erfolgt ist. Der Einspruch beschäftigt sich mit der Ausweisung von Stimmzetteln außerhalb der Wahlräume von Einwohnern, welche nicht dem Wahlvorstand angehört haben. Einstimmig wurde der Einspruch abgelehnt. Unter gleichem Punkte nimmt man Kenntnis von der Ablehnung der Wahl zum Steueramt durch den Herrn Edwin Laurich. In der Aussprache wird auf das Gebahren des Herrn Laurich bei seiner Kritik an Gemeindevorständen hingewiesen. Die Absicht, Laurich nicht vom Amte zu beurlauben, erfährt indessen keine Unterstützung und es wird an dessen Stelle Herr Otto Dietrich an seiner statt gewählt. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wird der Bericht über die Aufrechterhaltung des Volkswirtschafts hin, nach der die Volkswirtschaftsfraktion eingezogen werden soll. Die Absicht ist in der Einwohnererschaft lebhaft begrüßt und es kann nicht verhandelt werden, einer Gemeinde von 240 Einwohnern der Wohnort zu erziehen. Es wird bei der Aussprache darauf hingewiesen, daß die Gemeinde an der Erhaltung unbedingter Interesse beweisen müsse und daß insbesondere die Gewerbetreibenden für die Erhaltung der Wohnort mit beteiligt werden sollten. Aus den Kreisen der Gewerbetreibenden ist bereits grundsätzlich der Wille zur Belieferung kundgegeben worden. Man beabsichtigt nachmals an die Oberbehörde heranzutreten und im äußersten Falle die Möglichkeit für die Finanzierung trotz der vom Vorstehenden erwähnten erheblichen Bedenken in finanzieller Hinsicht zu übernehmen, wenn an den Gesamtschulden der Gewerbetreibenden mit mindestens zwei Dritteln des Gesamtschulden beteiligt werden. Zu Punkt 3 der Tagesordnung berichtet der Vorsitzende über die verschiedenen Wege, welche die Gemeinden einschlagen sind, um die kostenlose Totenbestattung durchzuführen. Der Beschluß eines Teiles der Hausbesitzer läßt die Einführung neuer Regeln an Mitteln bedenklich erscheinen und der andere Weg zur Herbeiführung einer Begräbnisgemeinschaft wird nicht für ratsam gehalten, weil eine weitere Belastung aller Bevölkerungsdreie unzulässig ist. Eine Prüfung hat ergeben, daß der größte Teil der Bevölkerung Todesfallversicherung hat, in verschiedenen Fällen sogar mehrfach. Die Personen, für welche die Einrichtung in Frage käme, sei nur ein beschränkter Personenkreis nach eingehenden Ermäßigungen beschließen man eine Vorkehrung über die Gewährung der kostenlosen Totenbestattung im Sinne des Ergebnisses einer in Dresden stattgefundenen Gemeindevorstandssitzung. Danach ist die Übernahme der Kosten auf die Gemeinde keine „Muss“, sondern eine „Kannvorschrift“. Zu Punkt 4 der Tagesordnung begründet als Berichterstatter Herr Gemeindevorstand Reube den vorgeschlagenen Entwurf über die Einführung einer Feuerhubschabgabe. Er weist auf die Notstände im Feuerlöschwesen hin und sieht eine Verbesserung des Feuerlöschwesens nur in einer grundsätzlichen Aenderung. Die Steuer erbringt ein Aufwandsersatz von 2 Pfennig pro Termin und Einheit im Jahre 2000 Mark. In zwei Jahren sei unter Verwendung der Feuerhubschabgabe der Ausbau des Feuerlöschwesens auf die für den Ort notwendige Höhe gebracht. Im besonderen sei mit diesem Betrage die Errichtung eines Gebäudes mit Wohn- und Lagerräumen sichergestellt, wenn mehrere Terminaufkommen zusammengelegt werden. Man beschließt die Einführung der Feuerhubschabgabe, ohne zunächst sich auf den Satz des Steuerbetrages festzusetzen und ferner im Prinzip die Errichtung eines neuen Feuerlöschgebäudes. Die Ausarbeitung wird an die Ausschüsse zurückerwiesen. Zu Punkt 5 der Tagesordnung beschäftigt man sich mit der Frage einer Abänderung des sächsischen Wahlgesetzes. Man hält einstimmig ein solches Verfahren nicht mehr für notwendig und fordert deshalb die Beteiligung aller Dienstpflichtigen an den Wahlen. Zu Punkt 6 der Tagesordnung erteilt man nachträglich die Genehmigung dazu, daß in den Ortsabteilungsausschüssen noch Herr R. Reubel zugewählt wird und daß als Vertreter Herr Bruno Reubel und Herr Richard Schurta fungieren sollen. - In nichtöffentlicher Sitzung wird die Frage der Bildung eines Fortbildungsschulverbandes abgelehnt, dagegen der eines Volks- und Fortbildungsschulverbandes für den Zweck schulischer Rückstände Zustimmung erteilt. Ein Nachtrag zur Ortsabteilungssitzung findet Genehmigung.

Staudik. Die am 13. Januar erfolgte Wahl der Gemeindevorordneten ist beanstandet worden. Der Verwaltungsausschuß hat in seiner letzten Sitzung am Donnerstag dem Einspruch stattgegeben.

Oschatz. Der Stadt ist wegen Nichtzahlung der nach Goldaufwertung für den Oktober 1923 für das städtische Elektrizitätswerk zu entrichtenden Beträge für bezogenen elektrischen Strom vom Elektrizitätsverbande Oschatz die Stromlieferung gesperrt worden.

Rappendorf. Sonntag früh gegen 7 Uhr ist das massive Seltengestein des Lorenz'schen Gutes, in welchem sich unter die Werkzeuge befanden und oben Dru- und Strohnorste untergebracht waren, in Feuer ausgegangen. Die Werke konnten in Sicherheit gebracht, ebenso der durch das Feuer bedrohte Kubstahl durch das Eingreifen der Spritzen von Rauschen-Rappendorf-Siegels, Bräunlich, Wahren, Kobern und Striegeln gehalten werden. Wälderwiese liegt bei der Entstehung des Feuers fast vollständig vor; die politischen Ordnungen haben allerdings eine bestimmte Ursache des Brandes nicht ermittelt. So viel steht aber fest, daß keine Unvorsichtigkeit vorliegt.

Der 19. v. A. bei Radebeul. Das 50-jährige Bestehen feierte der hiesige Landwirtschaftliche Verein. Demonomerat Professor Dr. Gröbe (Wangen) überbrachte die Glückwünsche des Landwirtschaftlichen Kreisvereins für die Oberlausitz und hielt die Festrede. Eine Ansprache von treuen Dienstboten schloß sich an. Schriftführer Richter gab einen kurzen Überblick über den Werdegang des Vereins, der an seinem Jubeltage durch zahlreiche Ehrungen ausgezeichnet wurde.

Ringenthal. Einer umfangreichen Fällung von Tausendtronscheinen ist man in diesem Ortensbeir auf die Spur gekommen. In Falkenberg (Schwarzwald) hatte der Grasliger Postwirt Wenzel Koberl eine Schuld mit Tausendtronscheinen befristet, die bald darauf als Falschfälsche festgestellt wurden. Die sofort angestrichenen Recherchen führten zur Verhaftung Koberls, ferner des Professors Heider und des Ehepaars Spinnler aus Rothau und vier weiteren Personen, die sämtlich dem Kreisgericht Ober eingeleitet wurden. Die sofort aufgenommenen Nachforschungen nach dem Versteckort der Falschfälsche führten zunächst nach Ringenthal in Sachsen und wurden von dort im Verein mit der Ringenthaler Kriminalpolizei weiter nach Schneeberg-Neukirch im sächsischen Erzgebirge verfolgt, wo auch in der Steinbrunnerei Startz das gefasste Druckmaterial und die noch vorhandenen Scheine beschlagnahmt werden konnten. In Schneeberg wurden zwei Verurteilten verhaftet. Starke hatte die Falschfälsche nachts angefertigt. Die Platten kamen aus Radebeul, wo ebenfalls Verhaftungen vorgenommen wurden. Die Herstellung der falschen Scheine wurde seit ungefähr 14 Tagen vor Weihnachten betrieben. Die Fällung war so gut gelungen, daß selbst ein Sachverständiger des Prager Finanzministeriums erklärte, daß die Platten fast vollständig einwandfrei hergestellt seien. Es handelt sich um mehrere Tausend Stück Tausendtronscheine der Serie D mit dem Ausgabedatum vom 15. April 1919. Die Falschfälsche sind zum größten Teile schon vertrieben. Nach Angaben der

garum über den die letzten Notizen bis in die Gegend von Prag im Umlauf zu sein.

Mitteleuropa. Vor 14 Jahren in der Nacht vom 13. zum 14. Juli 1922 wurde in den Lagerräumen der Firma Goldmann & Otto vier einundzwanzig und eine größere Anzahl Säcken und circa 80.000 Stück Raureiten sowie ein Fahrrad gestohlen. Die Diebstahlschuldigen sind die beiden Lehrlinge des hiesigen Technikers (Wahlbürger). Sie haben in der Nacht zum 15. d. 1922 zum zweiten Mal verurteilt, in den Lagerräumen der Firma Goldmann & Otto einzuweichen. Dies gelang ihnen aber nicht, weil die Wächter der Firma die Schlüssel mitbringen gelassen hatten. Die beiden Diebstahlschuldigen sind nun von dem Vorgesetzten der Stadt Mitteleuropa am Dreißigerweg die zwei Mitarbeitern erklärt und die Säcke abgeliefert zu haben.

Gemeinnützig. Der seit 60 Jahren bestehende Gernsinger Sängerbund hat sich aufgelöst und ist mit allen seinen 28 Vereinen einmütig dem Evangelischen Sängerbund beigetreten.

Volatallabell. In Volatallabell ist Sonntag früh 4 Uhr durch das energische und erfolgreiche Einschreiten der Feuerwehren von Volatallabell, Rothendach und Wernsdorf eine große Feuerbrunst verhindert worden. Auf bisher noch unauflösliche Art und Weise entstand in den frühlichen Morgenstunden des vorgestrigen Sonntags in den beiden Scheunen des Gutsherrn Mag. Schwarz Feuer, das sich sehr rasch verbreitete und durch den zu dieser Zeit herrschenden starken Wind nur noch schwerer vergrößert wurde und die nebenanliegenden Häuser außerordentlich in Gefahr brachte. Die sofort alarmierten Feuerwehren von Volatallabell, Wernsdorf und Rothendach kamen auf schnellstem Wege nach dem Brandort und suchten das Feuer Herr zu werden und gleichzeitig die Nebenhäuser, deren Giebeldecken und Gebälk schon sehr heiß waren, zu schützen. Nach großen und schweren Anstrengungen gelang es den vereinten Kraft, die Flammen zu erlöchen. In den Scheunen bestand die Gefahr eines Ausbruchs. In den Scheunen lag ein großer Haufen Futter und Stroh. Der Schaden ist beträchtlich. Nach Lage der Sache scheint die Vermutung einer Brandstiftung sehr naheliegend.

Unglück. Die Heiligen Werderbrüderbrüder haben eine Umstellung ihrer Betriebe beschlossen. Da die Nachfrage nach Werderbrüderbrüder beim Publikum sehr nachgelassen hat und der Werderbetrieb dabei unrentabel geworden ist, wollen sie sich kleine Top-Fraktwagen anschaffen, die sich in anderen europäischen Großstädten sehr gut bewährt haben.

Vermischtes.

Töblicher Unfall des Schachmeisters Bardeleben. Der deutsche Schachmeister Kurt von Bardeleben wurde auf dem Hofe eines Hauses in Schönberg mit sechs Meter hohen Säulen vorangefahren. Bardeleben, der in dem Hause in einer Pension wohnte, war aus einem Fenster des zweiten Stockwerkes hinabgestürzt, und es konnte bisher noch nicht festgestellt werden, ob ein Unfall oder ein Selbstmord vorliegt. Bardeleben, der sich schon seit vielen Jahren aus der Schacharena zurückgezogen hat, war früher einer der gewichtigsten und gefürchtetsten Schachmatadore, der an den meisten internationalen Turnieren teilnahm und stets unter den ersten Preisträgern figurierte. Sein Spiel war namentlich durch seine, geistvolle Kombinationen ausgezeichnet. Als Schachtheoretiker stand Bardeleben in erster Reihe. Neben Steinitz und Tschigorin gehörte er zu den hervorragendsten Vertretern der älteren deutschen Schachgeneration. Er hat die Schachliteratur durch wertvolle Beiträge bereichert. In der letzten Zeit war er krank und hatte mit Nahrungsmitteln zu kämpfen. Bardeleben, der auch an vielen internationalen Meisterschaften teilnahm, hat ein Alter von 82 Jahren erreicht.

Ein bestialisches Weib. Vor dem Volksgericht in Traunstein (Bayern) hat sich die Großhauerin Anna Schwaninger aus Traun, ihr Geliebter Alois Kugler aus Reichberg, dessen Bruder Bartolomäus Kugler und deren Stiefmutter, die Bäuerin Margareta Kugler, wegen Mordes bezw. Beihilfe zu verantworten. Die Schwaninger unterhielt hinter dem Rücken ihres stehigen 30-jährigen Ehemannes ein heimliches Liebesverhältnis und stiftete nach der Anzeige beider Brüder an, ihren Mann zu ermorden und in den Waalinger See zu werfen. Am 9. September vor. Jahres löste die Schwaninger ihren Mann in den Wald, wo die beiden Brüder Kugler verabredungsgemäß Schwaninger überfielen und durch drei Schüsse niederschlugen. Die Frau nahm ihrem mit dem Tode ringenden Mann die Beistandstasche weg. Die beiden Kugler wachten dann Schwaninger, der noch Lebenszeichen von sich gab, in eine Keltolone und trugen ihn zwei Kilometer weit durch ein Nachbarn, um die Spuren zu verwischen, nach dem See, wo sie ihn hineinwarfen. Die Angeklagten waren geständig. Die Großhauerin und ihr Geliebter wurden zum Tode verurteilt, Bartolomäus Kugler zu drei und die Stiefmutter, die häufig zur Tat geholt hatte, zu acht Jahren Zuchthaus. Die Verhandlungen entrollten ein entsetzliches Bild moralischer Verkommenheit.

Diebstahl im D-Jug. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag sind im D-Jug Köln-Berlin die von der Dresdner Bank, Filiale Bonn, ausgestellten Schecks Nr. 101 897 über holländische Gulden 5000 und Nr. 101 894 über holländische Gulden 4000, gezogen auf die Firma Proehl und Gutmann Amsterdam, sowie Scheck Nr. 881 000 über englische Pfunde 110 auf die Barclays Bank-London, einem griechischen Reisenden gestohlen worden. Die Diebe haben wahrscheinlich in Hannover den Zug verlassen.

Eine gefährliche Berliner Eindruckschande. Die zuletzt den dreifachen Raubüberfall auf das Postamt in Hebron-Damm in Hinterdommern verurteilt hatte, ist unabsichtlich gemacht worden. Bei dem Überfall auf das genannte Postamt machten sich alle dort Tätigen an die Wand stellen und wurden mit der Waffe bedroht. Trotzdem gelang es einem Beamten, die Alarmvorrichtung in Bewegung zu setzen, sodass die Polizei und von dieser das Überfallkommando der Schutzpolizei in Köln benachrichtigt werden konnte. Das Überfallkommando nahm auf dem Wege zu der Stelle des trunkenen Überfallers alle erreichbaren Banden mit und hatte auch mehrere Dienstleute, die die ganze Verbrecherbande schließlich in einem dichten Gebüsch in dem großen Bitterer Forst aufspürten. Es entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, in dem vier der Verbrecher schwer verletzt wurden, die man ins Krankenhaus brachte. Über auch zwei Polizeibeamte wurden schwer verwundet. Mehrere von der gefährlichen Bande konnten ergriffen werden, nur einer oder zwei sind entflohen. Was für ein guter Fang hier gemacht worden ist, zeigt die Tatsache, dass die Bande in Mitteldeutschland mehrere Bonzhäuser geplündert hat, zuletzt eine Bank in Oera. Auch der Überfall auf das Postamt in Berlin in Haveland und auf das Berliner Postamt in der Lohringergasse, sowie die Überfälle auf die Polizeikommissionen am Scharfplatz in Berlin, auf die Wache in der Wilmersdorfer Straße und zuletzt auf die Margarinefabrik in Wilmersdorf bei Spandau sind auf das Konto der Verbrecherbande zu setzen. Wie die Festgenommenen eingestehen, war die Bande mit Fahrzeugen und Autos versehen, sodass sie nach Verübung ihrer Untaten immer rasch verschwinden konnte.

Der Empfang des neuen Kolonialministers. Der neue englische Kolonialminister J. B. Thomas ergriffte bei einem Besuch des australischen Großkaufmanns, das ihm zu Ehren veranstaltet wurde, in launiger Weise von dem Empfang, den er beim ersten Besuch seiner neuen Sta-

tionen empfangen geschickte. „Wie ich das Kolonialministerium am vergangenen Dienstag zuerst besuchte“, sagte er, „so habe ich mich mit all der Begeisterung und Unzufriedenheit ein, die für meine Partei bezeichnend ist. Am Eingang wurde ich von einem Pförtner angehalten und gefragt, was ich wollte. Ich sagte, ich möchte zum Kolonialministerium gehen. „Wen wünschen Sie dort zu sehen?“ fragte er. „Aber ich möchte zum Kolonialministerium gehen.“ „Aber Sie sind nicht zum Kolonialministerium gekommen.“ „Aber ich möchte zum Kolonialministerium gehen.“ „Aber Sie sind nicht zum Kolonialministerium gekommen.“

Selbstmord des Scharrichters Spaeth. In Breslau hat sich der Scharrichter Paul Spaeth mit einem Revolver erschossen. Spaeth war seit 1912 Scharrichter für das ganze Deutsche Reich. Er hat während seiner Scharrichtertätigkeit insgesamt 45 Hinrichtungen, meist durch das Beil, ausgeführt. Seine letzte Amtshandlung vollzog er in Köln. Von Köln hat er ein Urteil mitgebracht, das ihm auf seine dringende Bitte hin die Staatsanwaltschaft Köln ausgestellt hat. Dem Scharrichter Paul Spaeth aus Breslau wird hiermit bekräftigt, daß er einwandfrei und gut gearbeitet hat. Spaeth war ein ernster, ausdauernder Mann, der in seinem Scharrichterberuf großen Ehrgeiz an den Tag legte. Es war sein Stolz, den bekannten Scharrichter Schwab, seinen Vorgesetzten und Vorgesetzten, übertrifft zu haben. Einwandfrei und gut arbeiten, d. h. das Beil nicht mehrere Male ansehen zu müssen. Spaeth ist tatsächlich nicht ein einziger Verstoßler passiert. Das Amt des Scharrichters ist nicht sehr einträglich. Spaeth erhielt monatlich 150 Mark und mußte davon noch zwei Gefellen bezahlen. Außerdem war er Gehilft, trotz der schlechten Bezahlung ist das Amt des Scharrichters leitamerweise sehr begehrt. Jedes Jahr wendet sich eine ganze Reihe von Personen an die Justizministerien und an die Staatsanwaltschaften mit der Bitte, man möge sie zum Scharrichteramt zulassen. Unter diesen Scharrichterspiranten befinden sich nicht nur Leute aus der Reihe des Volkes; es liegen auch Briefe von Donatoren, Kaufleuten, Beamten vor. Das Schicksal Spaeths ist tragisch. Er hat Anfang Januar seine Frau verloren, an der er mit ästhetischer Liebe gebunden war. Seit dem Tode seiner Frau war der rüstige Mann völlig gebrochen. Er, der 45 Menschen vom Leben zum Tode befördert hat, ohne mit der Wimper zu zucken, „einwandfrei und gut“, verfiel in Schwermut, als seine Frau starb, und erschoss sich schließlich, da ihm das Leben ohne seine Frau untraglich erschien.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 5. Februar 1924.

Reichsminister Dr. Jarres zur Lage.

Paris. Reichsminister des Innern Dr. Jarres sprach am Montag auf Einladung der Deutschen Volkspartei in Paris über die politische Lage. Der Minister begann seine Ausführungen mit dem Ausdruck freundlicher Hoffnungen und der Versicherung, daß jetzt endlich Klarheit in den deutschen Verhältnissen, nicht nur im Innern, sondern auch im Ausland eintrete. Die Politik der Reichsregierung geht dahin: Wir wollen eine Verständigung mit Frankreich versuchen auf wirtschaftlich ausnehmbare Art. Wir wollen Opfer bringen, soweit wir sie bringen können. Wir sind uns immer klar darüber, daß es keine Opfer sein werden, aber wir wollen diesen Weg nur gehen auf dem Status quo. Eine Verständigung kann nicht gefunden werden durch Verhandlungen von Privatpersonen und nicht von Parteien, sondern nur durch direkte Verhandlungen von Regierung zu Regierung. Es wird eine der ersten Aufgaben der Reichsregierung sein, bei den Sachverhältnissen der gegenwärtigen Lage klar zu machen, daß wir größere Rollen nicht übernehmen können. Das besetzte Gebiet ist heute wirtschaftlich und geistlich von uns abgetrennt. Angesichts der furchtbaren Erwerbslosigkeit im besetzten Gebiet und angesichts der Tatsache, daß das Reich Reparationen nicht leisten konnte, hat sich die Industrie und der bekannte Wirtschaftskreis entschlossen. Der Minister ging dann im Einzelnen auf die Regiedahnen ein. Auch die ein- zu stehende Reichsregierung ist aus den deutschen Händen gelassen. Der Redner erinnerte daran, daß als Opfer des Kampfes etwa 60.000 Deutsche aus ihrer Heimat vertrieben wurden, Beamte wurden ins Gefängnis gebracht und schmachten noch heute dort hinter Gittern.

Am weiteren Verlauf seiner Rede kam der Minister dann dem näheren auf unsere Außenpolitik zu sprechen, die in drei Aktionen ihre besonderen Wege geht und zwar 1. Die Antwort der deutschen Regierung auf die unterschätzte Antwort der Franzosen auf unsere Beschwerden wegen der Unterdrückung der separatistischen Bewegung. 2. Auf die deutschen Voten, welche die Ehrenpunkte betreffen und die bisher von Seiten unserer Feinde eine Ablehnung gefunden haben, während neue diplomatische Aktionen einbringen. 3. Die Verhandlungen mit den beiden Sachverständigenausschüssen, die jetzt in Berlin wirken. Die deutsche Regierung hat eingehendes Material in einer umfangreichen Denkschrift diesen Kommissionen vorgelegt. Sie wird weiteres über die Beziehungsfragen noch vorlegen. Diese beiden Kommissionen müssen sich damit befassen, wieviel kann Deutschland leisten, wenn der Druck, der gegenwärtig auf dem deutschen Volke lastet, genommen wird. Wenn es nicht zu einer Verständigung kommt, dann ist dieser Kampf nur eine kleine Episode in dem furchtbaren Ringen, dann muß die Welt auf die Dauer furchtbare erleben, denn ein Volk, wie das deutsche Volk, läßt sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Der Minister machte dann noch weitere Ausführungen zur Innenpolitik und sagte in diesen Zusammenhänge: Wir sind davon überzeugt, daß die Rentenmark sich hält, eine zweite Inflation können wir uns nicht leisten. Zum Schluß ging der Minister zu der bevorstehenden Terminierung für die Abstimmung in Hannover über, und erklärte, daß Preußen in lichten und trüben Tagen alles für seine Provinzen getan habe. Er sei der Ansicht, daß die Abstimmung in der jetzigen Zeit nicht angebracht sei.

Das Zusammenreffen

Paris. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgende Mitteilung: Man hat infolge des Briefwechsels zwischen Poincaré und MacDonald von einer baldigen Zusammenkunft zwischen beiden Staatsmännern gesprochen. Die französische Regierung ist hierüber nicht befragt worden. Solange übrigens die augenblicklich im Gange befindliche Parlamentsdebatte über die Finanzangelegenheiten der Regierung andauert, wird der französische Ministerpräsident nur schwer die notwendige Ruhe für so wichtige Verhandlungen finden.

London. Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ empfing MacDonald gestern Lord Crewe. Der „Westminster Gazette“ zufolge ist Lord Crewe der Träger einer Einladung Poincarés an MacDonald, nach Paris zu kommen zur Erörterung der england-französischen Differenzen über die Verwaltung der Palast, die Minister Röhren und die Überwachung der deutschen Reparationen. Nach der „Westminster Gazette“ beharrt die britische Regierung auf dem Standpunkte, daß die Gerichte einer

neuen Konvention in der Welt auf Befehl der Reichsregierung konferieren, die den Wünschen der deutschen Regierung und der plötzlichen Verbesserung überbringt, eine Verletzung des Rheinlands abzukommen und der Weimarer Verfassung darzustellen soll.

Volkswirtschaftliches.

Wesener Nordbrücke am Montag. Trodem der Weltmarkt sein künftiges Aussehen beibehält und die politische Lage nicht unruhig beurteilt wird, ist doch in der neuen Woche mit einem Anleihen der Kurse im allgemeinen Stillsitzen zu rechnen. Einzelne gut funktionierende Werke werden weiter getraut sein, während bei der Weimarer die Konvertierungsbestimmungen noch nicht begehren sind. Die Mitteilung Dr. Stresemanns in Steilun, daß die Arbeiter der Sachverständigen zur Vereinfachung der Währung ein reales Ergebnis gehabt hätten, wird in Börsenkreisen viel beachtet. Die letzten Marknotierungen aus dem Ausland lauten etwas schwächer. Von Umkäufen kann aber wiederum kaum die Rede sein. Der französische Markt wird aus New York unverändert, aus London etwas schwächer gemeldet.

Kosten des Nahrungsmittelkaufwandes. Der Wirtschaftskritiker Richard Calmer berechnete die wöchentlichen Kosten des Nahrungsmittelkaufwandes für eine vierköpfige Familie (Eltern und zwei Kinder) nach dem Stande der Lebensmittelpreise vom 2. Februar 1924 auf 80,51 Millionen Mark gegen 81,41 Millionen Mark in der vorangehenden Woche. Die Ernährungsfrage beträgt also 2,98 Prozent.

Reutenmarkkredite für die Landwirtschaft. In einer Besprechung zwischen Rentenbank und Reichsbank ist die Vereinbarung getroffen worden, daß die Rentenmarkkredite nunmehr durch die Reichsbank der Landwirtschaft auf allenfalls dem Wege ausgeführt werden können. Die Verwaltungsratsmitglieder der Rentenbank haben besonders Wert darauf gelegt, daß der Zinsfuß, den der Landwirt bezahlen muß, so gering als möglich festgesetzt wird. Demgemäß fordert die Landwirtschaft für die genannten Kredite eine Herabsetzung des Zinsfußes der Reichsbank, der jetzt 10 Prozent beträgt.

Marktberichte.

Landwirtschaftliche Warenmärkte zu Großhamburg. Es wurden notiert (niedermittel) am Sonnabend, den 2. Februar 1924: Weizen 7,25-7,75; Roggen 6,25-6,75; Hafer 5,00-5,00; Sommergerste 7,50-7,75; Mais 12,00; Kleie 4,00; W.-u. B.-Stroh 0,80 bis 1,00; Galerstroh 0,80-1,00; Heu 2,50; Rartoffeln 3,00; Weizenmehl 70%, 15,00; Roggenmehl 70%, 12,50. Die Preise verstehen sich für den Zentner in Mengen unter 5000 Kilogramm.

Dresdener Schlachtmarkt vom 4. Februar. Auftrieb: 1. Rinder: 115 Ochsen, 113 Bullen, 144 Kalben und 2.490 Kühe; 3.487 Schafe; 4.1351 Schweine. Zusammen 2430 Tiere. Vom Auftrieb sind 47 Rinder, 26 Schweine ausländischer Herkunft. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf den Markt gefahrt: 4 Kühe, 2 Schweine, 5 Schafe. Preise in Goldmark für 50 Kilogramm Lebend- und (im Durchschnitt) Schlachtgewicht:

Ochsen: 1. vollfleischige, ausgewählte, höchsten Schlachtgewichtes bis zu 6 Jahren 39 bis 41 (76), 2. junge fleischige, nicht ausgewählte, ältere ausgewählte 32 bis 34 (64), 3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere 20 bis 28 (51), 4. gering genährte (je nach Alter) 16 bis 18 (43), 5. argentinische Ochsen 52 bis 54 (82). **Bullen:** 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtgewichtes 34 bis 38 (62), 2. vollfleischige jüngere 30 bis 32 (56), 3. mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 28 bis 28 (52), 4. gering genährte 20 bis 24 (49). **Kalben und Lämmer:** 1. vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtgewichtes 39 bis 41 (73), 2. vollfleischige, ausgewählte höchste Schlachtgewichtes bis zu 7 Jahren 32 bis 34 (64), 3. ältere ausgewählte Rinde und gut entwickelte jüngere Rinde und Kalben 20 bis 26 (56), 4. gut genährte Rinde und mäßig genährte Kalben 18 bis 22 (50), 5. mäßig und gering genährte Rinde und gering genährte Kalben 12 bis 16 (41).

Kühe: 1. Doppellämmer -, 2. beste Mast- und Saugkühe 62 bis 64 (102), 3. mittlere Mast- und gute Saugkühe 52 bis 56 (90), 4. geringe Mastkühe 33 bis 43 (74). **Schafe:** 1. Mastlamm und jüngere Mastlamm 48 bis 50 (96), 2. ältere Mastlamm 39 bis 44 (81), 3. mäßig genährte Mastlamm und Schafe (Mastschafe) 30 bis 36 (67). **Schweine:** 1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis 1 1/2, Jahr 58 bis 60 (76), 2. fleischschwere einschl. Füllhänder 62 bis 64 (79), 3. fleischig 54 bis 56 (73), 4. gering entwickelte 48 bis 52 (72), 5. Sauen und Eber 50 bis 60 (74). **Ausnahmepreise über Notiz.** Die Preise sind Marktpreise für nächsteres Gewicht der Tiere und schließen sämtliche Speise des Handels ab. Stall, Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umschlagsteuer, sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Marktpreise. **Ueberstand:** 13 Rinder, davon 10 Ochsen, 3 Bullen, 85 Schafe. **Lebend:** des Marktes: Geschäftsgang der Rinder und Schafen schlecht, bei Schweinen langsam. - **Landwirte:** haben nach den Richtlinien der Landespreisprüfstelle für Rinder 20, für Kühe und Schafe je 18 und für Schweine 16%, weniger zu fordern als die dem Kaufabschluss vorhergehende Notiz beträgt.

Künftig festgesetzte Preise an der Produktionsstätte zu Berlin am 4. Februar. Getreide und Cellulose pro 100 kg, sonst pro 100 kg. (In Goldmark der Goldmark über in Rentenmark.) **Weizen:** märkischer 150 - 155. **Roggen:** märkischer 129 - 133, sommerschäler 126 - 131, weipreussischer 126 - 129. **Gerste:** Braugerste 145 - 160. **Hafer:** märkischer 101 - 106. **Weizenmehl:** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad (feinste Marken aber Notiz) 23,50 - 25. **Roggenmehl:** pro 100 kg frei Berlin brutto inkl. Sad 21 - 22,50. **Weizenkleie:** frei Berlin 7,30 - 7,40. **Noggenkleie:** frei Berlin 6,20 - 6,30. **Wass 280.** **Leinsaat:** 4,20. **Wittaria:** Wicken 25 - 27, Heine Speise-Größen 15 - 17. **Buttererben:** 12 - 14. **Veisicheln:** 12 - 14. **Ärberbaben:** 12 - 14. **Widen:** 18 - 15. **Rapskörner:** blau 18 - 18,50, gelbe 15,50 - 16. **Serradelle:** 14 - 15. **Wassfischen:** 10. **Trodenkühnzel:** 7,70 - 7,80. **Vollwertige Zuckerrüben:** 16 - 18. **Kartoffelkoden:** 16.

Heutiger Dollarkurs (amtl.): 421050000000

(unverändert)

Bernsprache, ohne Gewähr.

Wirtschaftszahlen für den 5. Februar 1924.

| | |
|---|---|
| 1 Goldmark (Berliner Weisung) | 1 002 800 000 000 Papiermark |
| 1 Goldpfennig | 10 028 000 000 Papiermark |
| Reichsmark | 1 080 000 000 000 (Währung 1,8%) |
| Geldmenge Gesamtschuld (mit Befreiung) | 1 091 000 000 000 (Währung 2%) |
| „ „ „ „ (ohne) | 1 081 000 000 000 (Währung 1,9%) |
| Geldmenge Reichsbank | 1 148 000 000 000 (Währung 0,8%) |
| Telegraphengebühr: Wochengebühr im Fernverkehr | 0,15 Goldmark |
| „ „ „ „ Wochengebühr im Ortsverkehr | 0,075 Goldmark |
| Postwert: Ortsbrief | 0,05 Goldmark |
| „ „ „ „ Ortspostkarte | 0,03 Goldmark |
| „ „ „ „ Fernbrief | 0,10 Goldmark |
| „ „ „ „ Fernpostkarte | 0,05 Goldmark |
| „ „ „ „ Auslandsbrief | 0,30 Goldmark |
| „ „ „ „ nach Ungarn und Tschedo-Slawatei | 0,25 Goldmark |
| „ „ „ „ nach Ungarn und Tschedo-Slawatei | 0,10 Goldmark |

Barnay-Anekdoten.

Erzählt von Friedrich Brona von Conring.
Der jetzt verlebte Ludwig Barnay ist außerordentlich an Kampfenliebe, er sagt darüber selber: „In allen Zeiten war ich vor meinem Auftreten außerordentlich aufgeregt, eine Aufregung, welche sich merkwürdigerweise bis zum Betreten der Bühne fortwährend steigerte, während sie sofort verschwand, sobald ich die ersten Worte meiner Rolle gesprochen hatte. Dieses nicht zu erklärende Gefühl ängstlicher Aufregung vor dem Auftreten bin ich bis in die allerletzte Zeit meiner künstlerischen Wirksamkeit niemals losgeworden. Schon tagsüber war ich in der Regel ganz untraktabel, am Mittag konnte ich nur sehr spärlich Nahrung zu mir nehmen und in den Nachmittagsstunden bis zur Theaterzeit war ich einfach ungenießbar und nicht fähig, mit irgend jemand zu verkehren. So habe ich an Tagen meines Auftretens fast vierzig Jahre hindurch ein wahres Martyrium durchgemacht.“

Ludwig Barnay, der ja von 1888 bis 1894 Direktor des Berliner Theaters war, liebte es, berühmte Leute unter dem Publikum seines Theaters zu sehen und schickte ihnen daher

ofters Freikarten. Für diese Freikarten haben sich dann die Künstler an seinem dreißigjährigen Bühnenjubiläum revanchiert. Rengel schenkte ihm z. B. eine „wundervolle“ Gedenkmedaille und Meyerheim ein „herrliches“ Gemälde. Die Objekte sind von Barnay selber.

Im Mai 1879 gab Ernst Vossart am Hamburger Stadttheater einige Scherzrollen und genoss während dieses Hamburger Aufenthaltes die Gastfreundschaft von Ludwig Barnay, der damals diesem Theater als Schauspieler und Leiter des Schauspiels verpflichtet war. Während dieses Gastspiels rauchte Vossart gar nicht. Er wollte seine Stimme schonen. Die angebotenen Zigarren lehnte er handfest ab. Er pflegte dann zu sagen: „Wenn's vorbei ist, Bruder, wollen wir uns laden.“ Die letzte Vorstellung war „Ratban der Weibe“ von Lessing. Vossart spielte natürlich den Ratban und Barnay den Tempelherrn. Schon als sie zu Mittag aßen, sagte Vossart: „Heute abend rauche ich endlich meine Zigarre.“ In der Vorstellung sagte er immer wieder: „Sobald ich das letzte Wort meiner Rolle gesprochen habe, verlange ich von dir auf offener Bühne meine Zigarre.“ Barnay, der den Tempelherrn jahrelang nicht gespielt hatte und nicht ganz taktisch war, verbot sich diese Dummheiten. „Du weihst“, sagte er,

„Ich bin heute bestimmt ungenügend und ergrünte, und wenn du das letzte Wort deiner Rolle gesprochen hast, dann beginne für mich noch die letzte Schilfszene.“ Aber Vossart blieb handfest bei seiner „stillsitzen“ Forderung und wiederholte sie immer wieder. So bereitete sich dann Barnay wirklich darauf vor, die Zigarre zu dem verlangten Zeitpunkt zu liefern!

Der letzte Akt beginnt. Ratban-Vossart gibt seine Aufklärung über Rechts und Unrechts Vater und endet seine Rolle. Nun kommt das, was er geschworen. Er schlängelt sich langsam an Barnay, den Tempelherrn heran. Dieser sucht dem Unheil zu entgehen und tritt zurück. Das hilft ihm aber nichts. Vossart kommt näher und immer näher und sagt dann leise — für das Publikum unverständlich — aber für Barnay hörbar: „Ludwig, die Zigarre.“ Barnay langt nun nach hinten in seinen Tempelherrnmantel ein wahres Monumentum von Zigarre hervor und sagt: „Da hast du sie, Ernst.“ Die Zigarre ist so groß und unformlich, daß Vossart nur schwer ein Lachen verbergen kann und große Mühe hat, die unformliche Zigarre zu verbergen. So rächte sich Barnay für diese Belästigung.

Mitteilungen.

Das Landesamt für Kriegerversorgung hält Mittags um noch jeden ersten Freitag im Monat Sprechstunden von 11 bis 2 Uhr für Schwerbeschädigte im Arbeitsnachweis in Riesa ab.
An jedem der übrigen Freitage können Anträge Schwerbeschädigter auf Berufsberatung, Arbeitsvermittlung usw. in der Sprechstunde des Bezirksamtes für Kriegerversorgung, die gleichfalls im Arbeitsnachweis in Riesa stattfindet, gestellt werden.

Nutzholz-Verkauf

Rittergut Dornreichenbach
Bezirk Leipzig.

Durch schriftliche Angebote und gegen Barzahlung nach Zuschlag sollen verkauft werden:

12 Stück eichene Klötzer

40/77 cm Durchm., 4 bis 10 m lang — 19,17 fm.
Besichtigung nach vorheriger Anmeldung.
Schriftliche Gebote sind bis 20. 2. 1924 an den Unterzeichneten einzureichen.
Die Hochverwaltung, Diestorf.

Holz-Auktion

Forst Glaubitz, Post und Bahn Langenberg i. S.

Donnerstag, 7. Febr. 1924, sollen gegen sofortige Barzahlung meistbietend versteigert werden:

- 115 Stück Kieferne Stämme-Klötzer, 4-12 m lang, 12-22 cm Mitteldurchm., circa 14 Fm.
- 18 Stück Kieferne Klötzer, 4-10 m lang, 13 bis 29 cm Mitteldurchm., circa 4 Fm.
- 4000 Stück Kieferne Reisstangen, 3-10 cm Durchmesser (Durchforstungshausen)
- 20 Rmtr. Kieferne Brennholz.

Sammelplatz am Bichauer Kirchenweg.
Beginn vorm. 9 Uhr.
Die Forstverwaltung.

Putzleder:

Wagen- u. Fensterwaschleder
Schwämme, Schneescherer
Loofah, Waschlappen
vorrätig
im Seifengeschäft
F. W. Thomas & Sohn
Riesa, Hauptstr. 60. Tel. 212.

300 Mark

auf 3 Mon. geg. a. Sicherheit zu leihen gesucht.
Biete Angebote unter F 566 an das Tabl. Riesa.

Für e. 12j. Knaben (Wollwolle), gut geartet, suche Pflegerin d. Waisenkolonie Reibitz. (Rfl.-Geld nach Liebererinf.)

18 Wochen Mädchen

alters
wird bei guter Bezahlung in Siehe gegeben. Zu erfragen im Tabl. Riesa.

Fleißiges, ehrliches
Hausmädchen
nicht unter 18 Jahren, für 15. März od. 1. April sucht Frau W. Bergmann, Hauptstr. 54.

Bum 1. März
Mädchen
für Haus- und Landwirtschaft gesucht.
Waldhof Zahnshausen.

Telefon- Stenotypistin

sucht Stellung.
Angebote erbeten unter 2 567 an das Tabl. Riesa.

Probations-Reisende
für leicht verkäuflichen groß. Saisonartikel, bester Verdienst, sofort gesucht.
Angebote unter A II 203 an Rudolf Wölfe, Magdeburg, erbeten.

G. Heinig

Pa. Zentfänger
trockenes Holzkohle
empfehle ständig
ab Lager

Langenberg

Wdh. heller Kinderwagen
zu verkaufen. Töpfer,
Kammacher, Straße, 6a.

Putzleder:

Wagen- u. Fensterwaschleder
Schwämme, Schneescherer
Loofah, Waschlappen
vorrätig
im Seifengeschäft
F. W. Thomas & Sohn
Riesa, Hauptstr. 60. Tel. 212.

Wirtschafts-Mädchen

Bum 1. März, evtl. auch früher, suche ich ein
**ehrl. gewissenhaftes
Wirtschafts-Mädchen**
nicht unter 18 Jahren.
Frau Emma Danisch,
Mägeln, Weg. 23a,
Bodenholzstraße.

einfache Wirtschafterin

od. besseres Wirtschafts-
mädchen von 18-20 Jhr.,
welches auch kochen kann,
auf kleines Gut zwischen
Gottbus und Frankfurt
a. O. Ober. Vorzuziehen bei
**Frau Rudolph,
Rittergut Wromnitz
bei Riesa.**

2 Bettstellen mit Dreh-
matr., 1 Schubentwagen,
1 Eckschrank zu verkaufen.
Raiser, Hauptstr. 43, 3.

Kinderwagen, fast neu,
hell, wegen Platzmangel
billig zu ver. Schöne-
straße 21. Sammitzsch.

Restaurant „Goldner Engel“.

Freitag, Sonnabend und Sonntag
Bobbler-Musikant.
H. Stoff der Verabreiter.
H. Gostwürschen u. Gallewisch.
Netzt gratis.
* Urübelle Abende versprechend,
Laden ganz ergebenst ein
H. Töberlein u. Frau.

Café Promenade.

Morgen Mittwoch abend 8 Uhr
großes Künstler-Konzert
Lieder- und Operettenabend
Leitung: A. Marxhner-Dresden
Klavier — Geige — Cello
Stimmungsvolles abwechslungsreiches Programm.

Hygiene der Ehe

... zeigt die Entwicklung des Menschen von der Urzelle an und ist geeignet, den Menschen Erntes und Sittliches denken zu lassen und diepest vor dem Leibe und vor jeder Mutterkraft in die breiten Massen zu bringen. Die Geburt eines normalen Menschen, ein Bild, vor dem jeder heilige Scheu haben sollte. Der Film ist meisterhaft bis ins Kleinste ausgearbeitet und stellt wohl das Erbarmende dar, was auf diesem Aufklärungsgebiet je geleistet wurde...

Empfehlung!

Den geehrten Bewohnern von Riesa und Umgegend erlaube ich mir bekannt zu geben, daß ich mich in Riesa, Poststraße 2, als

Heilkundiger

für Homöopathie, Naturheilkunde u. Biochemie niedergelassen habe.

Seit circa 25 Jahren übe ich die Heilkunde aus, es haben mich deshalb große Erfahrungen zur Seite und habe ich bei den meisten noch heilbaren Krankheiten auch gute Erfolge.

Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Urin

Morgen-Urin

mit und ich sage, was und wo es Ihnen fehlt und wie Sie durch Homöopathie, Naturheilkunde und Biochemie wieder gesund werden können.

Sprechstunden jetzt am Donnerstag
Poststraße 2, im Hause des Restaur.
zum Rainwald nachm. von 1-7 Uhr.

Paul Bohn, Heilkundiger.

Schneiderin

empf. sich in u. a. h. d. Haus.
Hohe Straße 11, Stb. 1.

Nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied heute morgen 1/6 Uhr nach Gottes unerforschlichem Ratschluß mein über alles geliebter, edler Mann, unser herzenguter, treusorgender Vater, Schwieger- und Großvater, unser lieber Bruder und Schwager

der Gemeindevorstand und Gutsauszügler

Friedrich Otto Kühne

4 im Alter von 64 Jahren.

In tiefer Trauer
Ida verw. Kühne geb. Gantsch
Arthur Beger u. Frau Carola geb. Kühne
Alfred Fehrman u. Frau Johanna geb. Kühne.
Reußen- und Boborsen, am 4. Februar 1924.

Die Abschiedsfeier vom Trauerhause findet Donnerstag, 7. Februar, 1 Uhr nachmittags, die Beerdigung 2 Uhr nachmittags statt.

Weit billiger als 1914

verkaufe ich jetzt Elektro-
Motoren, Zeitungen, Be-
leuchtungskörper, Heiz- u.
Kochapparate u. alle sonst.
elektrischen Gebrauchsartikel.

Elektrotechnische Werkstätten M. Arnold

Riesa a. E.

Für Otern 1924 findet noch ein Bebelina
Aufnahme, Beste Schulzeugen Bedingung.

Bereinsnachrichten

Wagem. Turnverein Riesa, Mittwoch Festauschub.
Mittlerverein „Jäger und Schützen“, Donnerstag,
7. Februar, abends 9 Uhr Generaterversamm-
lung im Vereinslokal.

Gewerbeverein.

Mittwoch 6. Februar d. J., abends
8 Uhr, im Saale der „Elbterrasse“
öffentlicher Lichtbildervortrag
von Herrn Walter Stempel in Gröba über
„Indien, das Wunderland“.
Um zahlreichen Besuch wird gebeten.
Der Gesamtverband.

6. Militär. Art., Pion. u. Train, Riesa.

Donnerstag, 7. 2., findet unser
33. Stiftungsfest
bestehend in Konzert und Ball, im Hotel Höpfer
statt. Beginn pünktlich 7.30 abends. Gäste, durch
Mitalieder eingeführt, herzlich willkommen.

Mitglieder-Versammlung

in der Elbterrasse. Vortrag des
Kollegen Vorholz-Röll über: „Weg
und Wille des DDB. in Politik
und Wirtschaft“.

Die wahrheitsgemäße Aufklärung über das
Referat der heute abend stattfindenden B. d. U.
G. d. V. Versammlung gibt an diesem Abend H. O.
Schmidt, Dresden.

Zahlreiches Erscheinen an der äußerst wichtigen
Versammlung erwartet der Vorstand.

Schreibmaschinen

fabrikneu, erstkl. bewährte Systeme,
für Büro, Reise und Privatgebrauch,
mit sämtl. neuesten Einrichtungen,
mit Garantie liefere ich, um einem
jeden die Anschaffung möglich zu
machen, auch gegen äußerst bequeme
----- wöchentliche

Ratenzahlungen

Verlangen Sie daher noch heute aus-
führlich, für Sie unverbindl. Angebot
durch die Büromaschinen-Handlung

Anton Rückwald

DRESDEN-N. 6, ALBERTSTR. 83.
Tüchtige Vertreter gesucht!

BREMEN



AMERIKA OSTASIEN AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und
Frachtdienst mit eigenen
Dampfern. Amerikan. vorzüg-
liche Unterbringung u. Verpfle-
gung für Reisende aller Klassen

Reisegepäck-
Versicherung

Nähere Auskunft durch
**NORDDDEUTSCHER
LOYD**
BREMEN
und seine Vertretungen

In Riesa:
Wilhelm Frenzel Nachf.
Niederlagstrasse 6

Herren-Filzhüte

werden tadellos umge-
arbeitet, gereinigt und
gefärbt nur bei

Pflugk & Kaiser

21 Wettinerstraße 21
Dintergebäude 21



Stabile
Hand-Leiternwagen
zu billigsten Preisen
verkauft
Baul Zaupis
Riesa, Marktstraße 26.

Zigaretten

von 1.6 Bfg. an.
Fabriklag. Wettinerstr. 26.
GrößttenVorzugsreihe

Klavier-Unterricht

erteilt Oskar Claus,
Konzertr. geb.,
Bismarckstraße 15a.



G. D. A.

Freitag, den
8. 2. 24, 8 Uhr
„Elbterrasse“
Monats-
versammlung.

Vortrag über
Funks-Telegraphie.
Erscheinen aller erwartet
der Vorstand.

Für die vielen Beweise
innigster Anteilnahme
durch Wort, Schrift und
Blumenschmuck beim Da-
hinabscheiden unserer lieben
Mutter

Paulie Nütthig
sowie für das freiwillige
Tragen zur letzten Ruhe-
stätte danken herzlichst.
Riesa, d. 2. Februar 1924.
Die Trauernden
Ginterbliebenen.

Berichtigung.

Die Beerdigung unserer
lieben Verstorbenen findet
infolge Schneeschwere
Donnerstag nachmittags
1/2 Uhr von der Fried-
hofstraße in Gröba aus
statt.

Familie G. Möbins.

Die heutige Nr. umfasst
3 Seiten.

Die Aufwertungsverordnung.

Nach langen Beratungen ist endlich die dritte Steuer- und Aufwertungsverordnung erschienen. Der den Wortlaut kundlichst, wird das Empfinden des Durchschnittlers teilen, der wünscht, ein Maßstab im Kopfe zu haben. Die Verordnung ist ein Kompromiß und konnte nur ein solches sein, das den Wünschen des Moratoriums, der bereits in dem früheren Entwurf Düringer lag, übernommen hat. Schon die Aufnahme der Aufwertungsverordnung in eine Steuer- und Aufwertungsverordnung ist, das hier ein Gemisch vorliegt, gehören aus der drängenden Lage der Zeit und aus dem Finanzbedarf des Reiches. Einer einheitlichen Regelung unterliegen zunächst die am meisten interessierenden Hypotheken, Schuldbriefe, wenn sie auf den Inhaber lauten, Schiffspfandrechte. Die Aufwertung erfolgt also nicht Ansprüche, die im laufenden Geschäftsverkehr entstanden sind. Daß Schuldbriefe auf den Namen nicht aufgewertet werden, ist eine außerordentliche Härte. Der Zeitpunkt der Aufwertung ist der 1. Januar 1924. Hypotheken, die also vor dem 1. Januar 1924 bereits getilgt waren, unterliegen keiner Aufwertung. Auch das ist eine Härte, zumal angeht die Tatsache, daß viele solche Rückstellungen erfolgten, auf Erträgen des bedürftigen Gläubigers, der nach dem bisherigen Verhalten der Regierung annehmen mußte, daß er mit einer Aufwertung noch nicht zu rechnen haben werde. Eine andere Regelung war allerdings schwierig, zumal Brückenschüsse geschaffen werden konnten. Man denke nur daran, daß tausende opfernde Deutsche ihr Geld zur Reichsbank gaben, während die Geoiiten aus der Rückzahlung ihre Gewinne sahen. Grundföhllich aufgewertet werden nur Anleihen, welche vor dem 1. Januar 1923 entstanden sind. War die Forderung vor dem 1. Januar 1919 bereits entstanden, so gilt der Nennbetrag als Goldmarkbetrag. Dagegen die Forderung aus der Zeit nach dem 1. Januar 1919, also aus der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 1. Januar 1923, so wird der Goldmarkbetrag auf der Dollarbasis errechnet. Drei praktische Beispiele mögen das erhärten. Es handelt sich um drei Hypotheken, über je 50000 Mark, vom 1. Juni 1918, vom 1. Juni 1922, vom 1. Juni 1923. Die Hypothek vom 1. Juni 1918 ist zurückzahlen mit 50000 Goldmark plus Aufwertung. Die Hypothek vom 1. Juni 1922 ist folgendermaßen zurückzahlen: Am 1. Juni 1922 war der amtliche Dollarkurs 272 Mark, die 50000 Mark also gleich 185 U. S. A. Dollar, oder auf die Friedensparität umgerechnet 777 Mark. Es sind also in diesem Falle 777 Mark plus Aufwertung zurückzahlen. Die Hypothek vom 1. Juni 1923 ist ohne Aufwertung zurückzahlen.

Für die Aufwertung der genannten Schuldforderungen ist eine Abschätzung von 10 Prozent angesetzt. Der Schuldner kann eine Verabreichung des Aufwertungsbetrages verlangen, wenn dies mit Rücksicht auf sein Vermögen zur Anwendung einer offenbar großen Unbilligkeit unabwendbar erscheint. Die ausschließliche Betonung des schuldnerischen Interesses erscheint im Zusammenhang mit der 10prozentigen Aufwertung als eine Härte. Es können Fälle vorkommen, in denen der Gläubiger sich in einer unangünstigeren Lage befindet wie der Schuldner, der mehr zahlen kann als die 10prozentige Aufwertung. Die Fälle sind gar nicht so vereinzelt, daß der Schuldner als geschädigter Konjunkturruher mit geliehenem Gelde ein Lebensvermögen erwarb, während der Gläubiger sich mit derselben Summe seiner Ersparnisse begab. Für die Rückzahlung der aufgewerteten Forderungen ist allgemein ein Moratorium bis zum 1. Januar 1929 vorgelesen. Für die Vereinnahmung alter Schulden ist in der Verordnung selbst ein Grenztermin angesetzt: bis zum 31. Dezember 1924 muß die Aufwertung durchgeführt sein, wenn nicht steuerliche Benachteiligungen eintreten sollen. Dieser Druck ist durchaus angebracht und verständlich.

Handbriefe der Grundkredit-Anstalten unterliegen den Aufwertungsbestimmungen. Voraussetzung für diese Aufwertung ist hier aber der Nachweis des Gläubigers, daß er oder seine Erben seit dem 1. Januar 1919 im Besitz der Forderungen sind. Die Einschränkung ist durchaus am Platze, um auf die Spekulationsgewinne nicht noch Aufwertungsprämien zu häufen. Auch der Aufwertungsloz ist hier ein anderer. Nicht wenig bezeichnend ist die Lösung der Nicht-Lösung der Frage der Aufwertung bei Lebensversicherungen. Die Aufwertungsstelle soll bestimmen, in welcher Weise das aufgewertete Vermögen zu Gunsten der Verstorbenen zu verwenden ist. Ist das aufgewertete Vermögen zu geringfügig, so verbleibt es der Staat. Man darf nicht vergessen, daß gerade kleinere und mittlere Sparer ihr Geld als Lebensversicherungspremie angelegt haben in der Hoffnung, für die Tage des Alters oder für ihre Familie gelogt zu haben. Sie haben ihr Geld glatt verloren, während den Lebensversicherungsgeellschaften die Aufwertungsverordnung zu Hilfe kommt. Noch mißlicher ist das Los der Inhaber von Sparkassensparnissen, da eine Aufwertung zu Gunsten der Gläubiger überhaupt nicht stattfindet. Zunächst werden hier minderbefriedigte Anlagen aufgewertet, im übrigen fällt der aufgewertete Betrag an den Garantieverband zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke. Die Aussicht des kleinen Sparer, aus einer mildtätigen Stiftung für sein Entbehren und Sorgen etwas zu erhalten, ist sehr trübe. Die Anleihen des Reiches, der Länder und der Gemeinden unterliegen einem Moratorium auf unbestimmte Zeit; sie werden bis zur Geledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen nicht verzinst und nicht eingelöst. Das ist eine bittere Enttäuschung, besonders für die Inhaber von Kriegsanleihen, die wiederholt und feierlich gegebenen Versprechen vertrauensvoll erfüllt brachten.

Die Lösung der Aufwertungsfrage wird in keinem Lager voll befriedigen. Aber dabei darf das eine nicht vergessen werden, daß jeder Gesundungsprophet Opfer verlangt und Schmerzen bereitet und daß doch alle Maßnahmen, die aus dem Trammel der Nachkriegszeit in geordnete Verhältnisse führen, ein bewußter Schritt in Russland sein müssen, dessen Wirkungen nicht aus dem Augenblick, sondern nach dem Erfolg beurteilt werden müssen.

Moskaus Unzufriedenheit mit den sächsischen Kommunisten.

id. Dresden. Der Berliner „Vorwärts“ gibt aus der russischen Volkswirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Zeitschrift des Exekutivkomitees der Moskauer Internationale Einweisung wieder, in dem die deutschen Verhältnisse besprochen und das Regierungsverhalten der Kommunisten in Sachsen kritisiert wird. Die Ausführungen Sinowjews zeigen, vor welcher Gefahr wir stehen. Er sagt u. a.: In den Augusttagen wurde die kommunistische Partei auf den Kampf einer in Deutschland noch nicht dagewesenen revolutionären Welle gebracht. Das Kleinbürgertum fing an, zur kommunistischen Partei überzugehen. Das Bauerntum schwankte. Die Partei fiel in den Abgrund. Die Bourgeoisie verlor den Kopf. Mitle Hunderttausende wuchsen. Die Betriebsräte tröstigten sich. Mit einem Wort, es war das typische Bild einer tatsächlichen vorrevolutionären Krise. In Sachsen war eine Mehrheit der Sozialdemokraten und Kommunisten gegen das Bürgertum auf parlamentarischer Grundlage vorhanden. Der rechte Flügel der deutschen kommunistischen Partei machte mehrere Male den Versuch,

eine Verhandlung mit der Sozialdemokratie herbeizuführen und auf langsamem Wege eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu bilden. Das Exekutivkomitee war stets dagegen. Als wir aber die Ereignisse so einschätzten, daß die Krise nur eine Frage von Wochen ist, da lauten wir: Jetzt ist der Moment gekommen, um unter bestimmten Bedingungen in die Regierung einzutreten, damit wir uns in Sachen einen Plan schaffen, von wo aus wir uns weiter entfalten und den Kampf um die Macht organisieren können. Das war, als General Müller ernannt wurde.

Sinowjew zieht eine Parallele mit Frankfurt aus dem Jahre 1917 und fährt dann fort: Wir glauben, daß für die deutschen Genossen auch ein solcher Augenblick gekommen sei. Sie werden in die Regierung eintreten, diesen General ignorieren, die Arbeiter zu dem Zwecke mobilisieren, um die Vereinigung mit den revolutionären Arbeitern des annehmen führenden Deutschlands herzustellen. Mit anderen Worten: Wir haben den Eintritt in die sächsische Regierung als ein Mandat an, um Fuß zu fassen und uns weiter zu entwickeln. Wir nahmen an, daß die Frage unserer Eintritts in die sächsische Regierung nur unter der Bedingung aufgeworfen werden konnte, daß die Brüder-Regierung bereit war, weitlich gegen das Werk zu gehen, gegen den Falsch- und zu kämpfen und einen sofortigen bewaffneten Aufruf von 50-60000 deutschen Arbeitern durchzuführen, um General Müller zu ignorieren. Wenn so in Thüringen. So stellen wir uns unseren Eintritt in die sächsische Regierung vor. Niemals stellen wir uns aber die Sache vor als eine parlamentarische Kombination, vielmehr als ein Mandat, um eine bestimmte Position einnehmen zu können; und die deutschen Genossen schätzen die Lage so ein, daß sie das für möglich hielten. Die Dinge in Sachsen haben sich aber ganz anders vollzogen, als wir uns vorgelesen hatten. In die Regierung traten drei Mitglieder der Zentrale ein: Böttcher, Deckert und Brandler. Brandler übernahm sein Ministerium, sondern nur die Regierungsgeschäfte. Wir riefen uns hier die Hände vor die Augen und meinten, es gibt nichts Schlimmeres als die deutsche kommunistische Partei. Sie hat sich die Hauptregierungsgeschäfte reserviert. Brandler wird die Polizei und überhaupt den ganzen Apparat in der Hand haben. Aber wir wurden tief enttäuscht. Sinowjew sagt dann weiter über die Unbilligkeit der Kommunisten in Sachsen, die Moskauer Beschlüsse praktisch zur Durchführung zu bringen und sagt: Nein, Genossen, so bereitet man eine Revolution nicht vor! Der Kampf mußte erdarmungslos gegen die Sozialdemokratie, die zusammen mit dem Faschismus in Deutschland regiert, geführt werden. Die Ausführungen Sinowjews zeigen mit einer Deutlichkeit, daß die deutsche kommunistische Partei von Moskau aus dirigiert wird.

Fragen zur Befreiung Wilsons.

Washington. Die Befreiung des Ex-Präsidenten hängt von den Wünschen der Frau Wilson ab, die noch nicht bekannt ist. Präsident Coolidge schlägt eine Verdringung auf Staatskosten auf dem Capitol vor. Die Befreiung kann aber auch auf dem Arlington-Friedhof neben dem Grab des „Unbekannten Soldaten“ erfolgen, vorausgesetzt, daß die Witwe damit einverstanden ist. Man rechnet auch damit, daß die Verdringung Wilsons offiziell in seiner Heimatstadt Stanton oder auch in Princeton stattfinden.

Amerikas Trauer um Wilson.

Washington. Präsident Coolidge hat am Montag des Hinscheidens von Wilson an das amerikanische Volk einen Aufruf gerichtet, in dem er die Verdienste des Verstorbenen würdigt. Er hat weiter angeordnet, daß sämtliche Bahnen für die Dauer eines Monats auf Schwarz gestrichelt und Wilson bei seiner Beisetzung militärische Ehren erwiesen werden.

Das Verbleib Frankreichs. - Poincarés Lobeserhebungen.

Paris. Poincaré hat vorgestern abend, als er die Nachricht von dem Tode Wilsons erfuhr, an Frau Wilson ein Beteiligungsgramm gerichtet. Im übrigen erklärte der Ministerpräsident Vertreter der amerikanischen Presse folgenden: Frankreich könne nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten unter der Führung des Präsidenten Wilson Wunder verrichtet habe, um die Freiheit der Welt und die Zukunft der Zivilisation zu retten, indem sie den Verteidigern des Rechtes ihre unschätzbare Hilfe gewährten. Er weist darauf hin, von welcher erhebenden und großzügigen Gedanken dieser so leidenschaftlich ideale Mann besetzt war und in welchen edlen Ausdrücken er von Frankreich sprach, als sein Leiden ihn ans Krankenlager fesselte. Die ausdrucksvollen Worte seines Gesichtes, wie es uns am 19. 8. 1918 erschien, wird für immer im Gedächtnis der französischen Völker eingegraben bleiben. Ich erinnere mich des Empfanges, den die Pariser Bevölkerung ihm bereite und wie ich inmitten einer beneideten Menge durch die Hauptstadt begleitete. Es war tatsächlich das Bild des freiheitsliebenden Amerikas und des strengen Friedens. Der die patriotischen Wahrnehmungen erlebt hat, wird einen unvergänglichen Eindruck davon bewahren. Ferner hat Clemenceau seinerzeit an Frau Wilson folgendes Telegramm gerichtet: „Ich bitte Sie, mein tiefgefühltes Beileid anlässlich des unerwarteten Hinscheidens des Präsidenten entgegen zu nehmen. In ganz Amerika begegnete ich, als ich seinen Namen erwähnte, nur der tiefsten Achtung und Dankbarkeit für den unermesslichen Anteil, den er am Frieden genommen hat. Er wird einer der Idealen der amerikanischen Demokratie bleiben. Frankreich wird ihn nicht vergessen.“

Währungsreform in Rußland.

In Sowjetrußland wird neben dem durch besondere Deckung gestützten Tschermoneg der Sowjetrubel weiterhin als Zahlungsmittel verwendet. Während aber in Deutschland Papiermark und Rentenmark in ein stabiles Verhältnis zueinander gebracht sind, ist das Sowjetgeld dem Tschermoneg gegenüber immer weiter abgeglitten. Vor allem deshalb, weil die Regierung eine Reihe von Kreditoperationen nicht aus dem Budget, sondern durch verbriefte Ausgabe von Papiergeld gedeckt hat. Die kürzlich beendete Parteilokferenz hat nun eine Entscheidung ausgearbeitet, in der für das laufende Jahr der Übergang zu einer festen Währung gefordert wird und zwar unter Einstellung des Notendrucks für Sowjetgeld. In amtlichen russischen Kreisen glaubt man sehr an die Durchführbarkeit der Währungsreform. Voraussetzung dafür ist allerdings auch in Rußland die Ansage des Budgets. Die in Aussicht genommene Abschaffung der Naturalsteuer und ihre Ersetzung durch eine Geldsteuer und schließlich die mit Sicherheit erhoffte aktive Bilanz gelten als Grundlage der Währungsreform. Als weitere Folge erwartet man Inflow ausländischen Kapitals. Im einzelnen sollen Reichsschatzschätze zu fünf, drei, einem Goldrubel herausgegeben werden. Der Druck von Papiergeld wird entsprechend eingeschränkt. Das Papiergeld selbst wird in einen festen Kurs zum Goldgeld gesetzt. Die Herausgabe von Silbergeld soll die Reform beschleunigen. Wie in Deutschland, hängt das Gelingen der Finanzsanierung letzten Endes von dem Gelingen der Wirtschaftssanierung ab. Und in letzterem Punkte sind die Aussichten vorläufig in Rußland noch nicht allzu rosig.

Neue Entwürfe der Polen in Danzig.

In der Warschauer Presse wird die Nachricht verbreitet, die polnischen Parteien, deren Kaktionen in Danzig bekanntlich vertragsgemäß mit einem gewissen Prozentsatz an der Bank von Danzig, der Danziger Hafenbank, beteiligt sind, wollten beanspruchen, daß in demselben Verhältnis polnische Beamte in der Bank von Danzig eingestellt werden. Sollte diese Forderung wirklich gestellt werden, so würde Polen nur erneut beweisen, daß es sich an Vertragsbedingungen nicht zu halten achtet. Durch die Betätigungsmöglichkeit polnischer Banken war Danzig den polnischen Banken schon außerordentlich weit entgegengekommen. Es ist bezeichnend, daß ein solches Entgegenkommen stets zu neuen Forderungen ausgenutzt wird.

Wie sich die polnische Öffentlichkeit gegenüber Danzig stellt, geht aus einem Artikel des „Kurier Poranny“ hervor, in dem ganz offen das Mißfallen darüber ausgesprochen wird, daß der Vorsitzende der polnischen Gruppe im Danziger Parlament in einer Zeitungsrede seine Unzufriedenheit gegenüber dem Danziger Staat ausgedrückt hat. Das Warschauer Blatt geht so weit zu behaupten, für keinen Polen dürfe es einen selbständigen Staat Danzig geben. Es heißt dort wörtlich: „Die Danziger Polen müssen doch endlich begreifen, daß Danzig für keinen Ausländer Polen Rußland ist und zwar nicht nur in moralischer, sondern auch in formeller Hinsicht, da der Geist und Text des Verfallener Vertrages jede andere Auffassung ausschließt.“

Das polnische Blatt scheint selbst den Verfallener Vertrag und besonders auch die Antimonten der Artikelten vom Jahre 1919 nicht zu begreifen; denn sonst müßte es wissen, daß Danzig ausdrücklich in Anerkennung seines deutschen Charakters als Danziger Freistaat geschaffen wurde.

Der Streik im rheinischen Braunkohlegebiet.

Donert unverändert an. Auf der Grube „Vergaritz“ haben die Streikisten den Landabfuhr von Beileits so sehr behindert, daß die Abfuhr hat eingestellt werden müssen. In Düsseldorf. In verschiedenen Großbetrieben, wie in den Mannesmann-Werkwerken und den Rheinischen Metallwerken ist die Arbeit von dem größten Teil der Arbeiter wieder aufgenommen worden. In Weimar ist der Generalstreik ebenfalls zusammengebrochen. In Elberfeld. Die Angestellten der Schwebefahrt und der Elektrischen Straßenbahn haben vorgestern die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen, ebenso die Angestellten der Reichsbahn für den inneren Stadtverkehr. Die streikenden Gemeindefabrikanten von Elberfeld und Barmen wollen den Schlichterspruch abwarten.

Zur Erregung der Zollfrage.

durch die Rheinlandkommission.

Berlin. Die vor kurzem von der Rheinlandkommission vollzogene Erhebung der Zollfrage auf die vollen hundert Prozent des deutschen Zolltariffs macht das besetzte Gebiet wirtschaftspolitisch gegenüber dem übrigen Deutschland völlig zum Ausland. Die Besatzungsbehörden verschärfen diesen Zustand durch die Benützung der Waren-einfuhr in das besetzte Gebiet von Frankreich und Belgien her, indem sie den Einfuhrzoll für Spirituosen, Kleider usw. ermäßigen, während die Zollfrage für wichtige Rohstoffe und Halbfabrikate für die weiterverarbeitende Industrie des besetzten Gebietes erhöht werden. Die Abkehr, die besetzten Gebiete nach Frankreich und Belgien zu orientieren, tritt auch in der Handhabung der Einfuhrbewilligungen der Besatzungsmächte zu Tage. Hierdurch werden die deutschen Eisenbahnen und Häfen und auch die deutschen Jolleinnahmen, die im Dezember nur die Hälfte der Novembereinnahmen betrugen, hart benachteiligt. Die Schäden für die deutsche Wirtschaft und die deutschen Finanzen sind ungebauer. Der bisher erfolgreiche Verlauf der deutschen Regierung zur Stabilisierung des Budgets wird in Frage gestellt. Die Reichsregierung hat daher vor einigen Tagen in einer Note an die französische und die belgische Regierung gegen diese Maßnahmen Einbruch erhoben und ihre ablehndige Aufhebung beantragt.

Eine Rede Millierands über den Frankentzug und den Wiederaufbau.

Paris. Der Präsident der Republik hat Sonntag abend auf einem Bankett französischer Journalisten zu einer politischen Rede das Wort ergriffen. U. a. erklärte Millierand, die Feinde Frankreichs hätten das Ziel verfolgt, durch Entwertung des Franken das Vertrauen des französischen Volkes zu erschüttern, doch seien die unternommenen Angriffe an der Kaltblütigkeit des französischen Volkes gescheitert. Sie hätten durch Verunft und besseres Einssehen die Oberhand gewonnen. Im weiteren Verlauf seiner Rede suchte Millierand nachzuweisen, daß der Kredit Frankreichs unerschütterlich wäre. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Wiederaufbau der geschädigten Gebiete, bei dem ohne Zweifel Irrtümer und Fehler begangen worden seien. Dies könnte aber nicht über die Größe des erzielten Ergebnisses hinwegtäuschen. Weiter sagte Millierand wörtlich: Frankreich wird niemals, wie groß auch die ihm auferlegten Opfer sein mögen, seine Unterschrift zurückgeben. Es ist vielmehr fest entschlossen, dies zuzugestehen, weil es weiß, daß es durch Arbeit und Sparsamkeit die Vorhülle, die es an Stelle des böswilligen Schuldners leisten mußte, wieder hineinkommen wird. Es will, daß der Erbsind für die angerichteten Schäden aufkommt. Nachdem aber alle anderen Mittel erschöpft waren, mußte Frankreich im Einvernehmen mit seinen belgischen Freunden zum Zwange seine Zustimmung nehmen, um die Ergründung eines Handels und die zeitliche Einziehung seiner Forderungen zu sichern. Nun werden allerdings die Verpflichtungen, die an Stelle seines widerstrebenden Schuldners von Frankreich eingezogen werden mußten, erfüllt. Um zu zeigen, daß es seine Söhne hergegeben, um seinen Kredit aufrecht zu erhalten, wird es auch seine sämtlichen Hilfsquellen aufbringen. Das ist der einmütige Wille Frankreichs ohne Unterschied der Parteien.

Von den Separatisten ermordet!

Speyer. Der aus dem besetzten Gebiet ausgewiesene Emil Derrert hatte sich aus die jetzt noch unbekanntem Gründen nach Speyer zurückgegeben. Gestern nachmittag wurde er von Anhängern der Autonomiebewegung ermordet. Er versuchte sich der Verfolgung und Verhaftung durch die Flucht zu entziehen, wurde jedoch auf der Hauptstraße nachmittags zwischen 2 und 2.30 Uhr von bewaffneten Separatisten durch einen Schuß getötet. Die Leiche wurde von den Separatisten in das Spital gebracht.

Tagesgeschichte.

Präsident Delbit in Berlin. Der neuernannte deutsche Botschafter von Goesch ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

Botschafter v. Goesch wieder in Paris. Der neuernannte deutsche Botschafter von Goesch ist gestern vormittag nach Paris zurückgekehrt und hat die Leitung der Geschäfte wieder übernommen.

Ausländische Ruhrhilfe. Für die Ruhrhilfe sind am 22. Februar 22,50 von den Herren John von Kampen und Ernst Hamann und am 23. Februar 100 von Herrn Pastor William Licht, Monroe, South-Dakota, gesendet worden. — Von dem deutschen Verein in Havana wurden wiederum 300 Dollar zur Vinderung der Rot im besetzten Gebiet gestiftet. — Die deutsche Kolonie in Sucre (Venezuela) hat 24.136 Pfund für Rotkrebse in der Heimat überwiesen. — Aus Sammlungen zur Vinderung der deutschen Rot sind weitere 3500.000 Pfund Kronen aus Innsbruck und 275 Pfund Kronen aus Gothenburg zur Verteilung gelangt. — Als Ergebnis einer Sammlung unter den mexikanischen Schulkindern im Staate Nuevo Leon und des Centro de Educacion y Cultura Social del Rancho del Acobillo, Guadalupe Hidalgo D. F. sind zur Vinderung der Rot deutscher Kinder amer. Dollar 295,80, als Spenden des Rotvereins in Guadalupe weitere amer. Dollar 171,01 für den gleichen Zweck als Teilbetrag des Erlöses aus einem für Wohltätigkeitszwecke veranstalteten Stiergefecht und amer. Dollar 103,80 aus der Sammlung in Mexico eingegangen.

Kein Projekt der Industrie gegen die Schatzscheine. Die Nachricht, daß der Reichsverband der deutschen Industrie an die Sachverständigenkommission ein Protestschreiben gegen den Schatzscheinkurs einer Goldnotenbank gerichtet habe, trifft nicht zu. Von der zuständigen Stelle wird der Ill. erklärt, daß dahinschwebende Gerüchte der Grundlage entbehren. Ablehnung der 56-Stundenwoche in der hiesigen Metallindustrie. In der hiesigen Metallindustrie hat gestern nachmittags die Urabstimmung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches, der die Einführung der 56-Stundenwoche vorschlägt, stattgefunden. Das Ergebnis brachte eine überwältigende Mehrheit, man spricht von 90 v. H. für die Ablehnung des Schiedsspruches. Der Streik geht also weiter. Genaue zahlenmäßige Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Um den Volksentscheid in Bayern. Wegen gemeinsamer Durchführung des Volksbeschlusses haben zwischen der Leitung der Bayerischen Volkspartei sowie einer Reihe wirtschaftlicher und vaterländischer Organisationen Verhandlungen stattgefunden, die zu Vereinbarungen führten, wonach die Durchführung des schiedlichen Volksbeschlusses auf breiter Grundlage gesichert werden soll. Die Bayerische Volkspartei verpflichtet sich, einen Aufruf, in dem die Anhänger der Partei zur Unterzeichnung des Volksbeschlusses aufgefordert werden. Aus diesem Aufrufe ist zu entnehmen, daß sich die Bayerische Volkspartei verbindlich verpflichtet hat, daß sich das kommende Verfassungsreformgesetz mit einfacher Mehrheit nur auf folgende vier Punkte erstrecken soll: 1. Aenderung des § 92 der Verfassung betr. Befreiung der bayerischen Mehrheitsbestimmungen. 2. Erleichterungen bei Volksbeschlüssen und Volksentscheid. 3. Schaffung einer mit hinreichenden Befugnissen ausgestatteten überparteilichen Staatsräte. 4. Einführung einer zweiten Kammer.

Die englischen Eisenbahnen mit den Dockarbeitern solidarisch. Der nationale Eisenbahnerverband hat heute die Transportarbeitergewerkschaft davon benachrichtigt, daß er im Falle eines Streikes der Dockarbeiter dieser beistehen würde. Eisenbahngesellschaften sind ihrerseits offiziell von der Haltung, die die Eisenbahnen einzunehmen gedenken, in Kenntnis gesetzt worden.

Freiwillige Gehaltskürzung englischer Minister. Ramsay MacDonald, der als Premier-

minister ein Gehalt von 10.000 Pfund Sterling bezieht, hat beschlossen, eventl. auf die Hälfte des Betrages zu verzichten. Seinerseits teilte Lord Dalhousie, der das Amt des Lordkanzlers verleiht, mit, daß er von 10.000 Pfund Sterling, die ihm zustehen, sich mit nur 6000 Pfund Sterling begnügen will. Man rechnet damit, daß noch eine Reihe anderer Minister, soweit es ihre Mittel erlauben, freiwillige Opfer bringen werden.

Schiedsspruch über die Arbeitszeit im rheinischen Kohlenbergbau. Der Reichsarbeitsminister hat den am 8. Januar über die Arbeitszeit im rheinischen Kohlenbergbau gefällten Schiedsspruch für verbindlich erklärt. Die wichtigsten Bestimmungen des Schiedsspruches waren: Wiedereinführung der 10 stündigen Arbeitszeit, Bezahlung der zweistündigen Mehrarbeit und Festsetzung des Durchschnittslohnes für die achtstündige Schicht auf 4,20 Mark, sodas also der Schichtlohn für die 10 stündige Arbeitszeit im Durchschnitt 5,25 Mark betrug.

Der schwedische Volkswirt Dr. Silberrand, der vor kurzem in Berlin weilte, um sich im Auftrage des schwedischen Roten Kreuzes von der Wirtschaftslage des deutschen Volkes durch eigene Beobachtungen ein Bild zu verschaffen, erklärte vor seiner Heimreise einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“: Wer von der Rot nicht gesehen haben will, sei den Orten des Elends absichtlich oder unabsichtlich aus dem Wege gegangen. Zum Schluß sagte Dr. Silberrand seine Eindrücke folgendermaßen zusammen: Die Not in Deutschland ist noch immer riesig groß. Die deutsche Selbsthilfe tut, was sie kann.

Auflösung der deutschen Alpenvereine in Südtirol. Der Präfeld von Trient hat vor kurzem die Auflösung der beiden alpinen Vereine in Merano und des Alpenvereins in Bozen (3 deutsche Vereine) verfügt. Gegen diese Verfügung protestieren die drei Vereine beim Ministerpräsidenten in Rom. Dieses jedoch hat die Veschwerde ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen.

Der Juppel für Amerika. Wie aus Friedrichshafen gemeldet wird, ist der für die amerikanische Marine gebaute Juppel jetzt nahezu fertiggestellt. Die Motorenanlage ist seit Wochen auf dem Stand ausprobiert und jetzt einbaufertig worden. Das Luftschiff weist gegenüber den bisherigen Bauten insofern eine Neuerung auf, als die bisherige Gondel fast ganz schifflicher gebaut ist, um die Führung und Navigation nicht durch das Geräusch der Motoren und der Schrauben zu stören. Ueber der Gondel sind auch die Schlafräume angeordnet, um die dienstfreie Mannschaft nicht durch das Maschinengeräusch zu belästigen. Mitte März wird voraussichtlich die erste Probefahrt beginnen, die 24 bis 28 Stunden dauern soll; an ihr soll die amerikanische Abnahmekommission teilnehmen. Man rechnet damit, daß etwa vier Wochen später die Reise über den Ozean angetreten werden kann. Die ältesten und bewährtesten deutschen Luftschifffahrer werden sich in die Führung teilen. Die Oberleitung übernimmt der alte Mitarbeiter des verstorbenen Grafen Zeppelin, Dr. Gdener, einer der hervorragendsten Theoretiker und Praktiker, den die Luftschiffahrt überhaupt besitzt, ferner nehmen an der Führung teil die bekannten Führer Fiebig und Lehmann. Letzterer hat, wie erinnertlich sein dürfte, während des Krieges mit einem Armeeluftschiff eine 100-tägige Dauerfahrt über der Nordsee ausgeführt.

Turnen, Sport und Spiel.

Meisterschaften der Deutschen Turnerschaft. Die erste vorbereitende Sitzung für die große Veranstaltung, die am 20. und 21. August in Hannover stattfinden soll, fand in Hannover statt. Außer dem Ausschuss für vollständige Übungen — Oberlehrer Schmidt-Stuttgart, Stadturnrat Wähler-Breslau und Studienrat Schnädel-Fulda — waren der Oberturnwart der Deutschen Turnerschaft, Oberturnlehrer Knaack-Bremen und die Kreiswarte für vollständige Übungen der Kreise 3, 4, 5, 6 anwesend. Von Wichtigkeit für die Allgemeinheit sind die Übungen, die

aufgeschrieben werden sollen. Es sind folgende: a) Männer: 100 Meter, 200 Meter, 300 Meter, 400 Meter, 600 Meter, 1500 Meter, 3000 Meter, 10.000 Meter, 110 Meter Hürden, Hochsprung mit Anlauf, Weitsprung mit Anlauf, Stabhochsprung, Stabhochsprung, Dreisprung mit Anlauf, Weitsprung aus dem Stand, Schlagballwurf, Schleuderballwurf, Speerwurf, Diskuswurf, Kugelwurf, Hammerwurf, Kugelstoß 7½ Kilogramm, Kugelstoß 10 Kilogramm, Stielstoß 15 Kilogramm, außerdem sämtliche Stöße links und rechts. Als Mehrkämpfe werden Bedampfung und Deutscher Sechskampf ausgetragen. Der 10.000-Meter-Lauf soll zugleich als Kreislaufwettbewerb gelaufen werden. Staffeln wurden festgelegt: einmal 100 Meter, zehnmal 100 Meter, dreimal 200 Meter, dreimal 1000 Meter, Schwedenstaffel und olympische Staffel; b) für Frauen: 100-Meter-Lauf, Hochsprung mit Anlauf, Weitsprung mit Anlauf, Schlagballwurf, Diskuswurf, Speerwurf, Kugelstoß 5 Kilogramm, Stabhochsprung, Schleuderballwurf. Als Mehrkampf wird der deutsche Vierkampf ausgetragen. In Staffeln werden viermal 100 Meter und zehnmal 100 Meter gelaufen. Die Wettkämpfe finden in der Dönnenburg-Kampfbahn statt. Der gewaltige Aufschwung der volkstümlichen Übungen in der Deutschen Turnerschaft macht eine Veränderung verschiedener Einrichtungen nötig. Dafür wurden in der Sitzung Richtlinien aufgestellt, die zum Teil sofort in Kraft treten, zum Teil als Anträge den Ausschüssen für volkstümliche Übungen der Kreisverbände in Dresden im April oder dem Deutschen Turntag in Würzburg im Oktober unterbreitet werden sollen.

Wettkämpfe in Ruppertsberg. Leider fehlte es bisher in unserm Oberrheingebirge an Kurorten, die den Wintersport von sich aus unterstützen. Ruppertsberg hat sich jetzt diese Aufgabe gestellt und sich damit dem Vorbild bekannter Wintersportplätze würdig anzureihen. Mit Unterhütung der Eisenbahn, die durch Einlenkung von Sportwagen den Verkehr plänzlich bewilligte und dank der Mitarbeit des Kreisverbandes war es möglich, die Wettkämpfe rein sportlich zu gestalten. Die Oberleitung lag in den Händen des Gemeindevorstandes Krause und Pfundsch (Eisenach), während das Kommando durch Barthel, Karmel und Seidel gestellt wurde. Am Sonnabend begannen die großen Langläufe. Um 10 Uhr Ruppertsberg über 12 Kilometer, aus denen der Norweger Smith Christensen als 1. Sieger mit der Zeit 49:22 hervorging. Leider schlug das Wetter um und brachte nicht nur Wärme auf Schilddrüse, so daß am Sonntag die Wettkämpfe um eine Stunde verschoben werden mußten. Doch das Glück war der Veranstaltung hold. Der überaus heftige Frost ließ nach und Kälte setzte ein, so daß alle Läufe bei gutem Schnee zu Ende gebracht werden konnten. Nachmittags 3 Uhr fand an der provisorisch errichteten Schanze an der Schöfermühle das Springen statt, bei dem der Norweger Person wuchtige und schon gestandene Sprünge zeigte. Im Interesse der Veranstaltung hatte die Gemeinde Ruppertsberg für die Stadtläufer Stadtbüchse, bestehend in Sportartikeln, gestiftet, während den Besuchern aus dem Gebirge Plaketten ausgeteilt wurden.

Deutscher Sieg im Berliner Sechskampferennen. Das 11. Berliner Sechskampferennen ist gestern vor überfülltem Hause zu Ende gegangen. Das Rennen endete mit dem Siege der deutschen Favoritenmannschaft Lorenz-Salchow. Es gelang den Amerikanern nicht, den von ihnen erwarteten Ueberrundungsversuch zu einem Erfolg zu gestalten. Das Rennen endete infolgedessen durch Punktwertung. Bis zur 144. Stunde war das Tempo ziemlich mäßig. Erst ein Vorstoß von Hahn brachte Bewegung in die Waare. Dann kamen die letzten Wertungen, bei denen sich besonders Lorenz-Salchow, Bauer-Krupkat, Lehmer-Stellbrink und Kaiser-Taylor auszeichneten. Die endgültigen Punktabstände sind für das Siegerpaar Lorenz-Salchow 347, für Bauer-Krupkat 284, für Stellbrink-Lehmer 189, Kaiser-Taylor 168, Hahn-Kleg 132 und Danke-Lawrence 128. Insgesamt wurden 380.905 km zurückgelegt. Die siegenden Waare wurden vom Publikum mit tosendem Jubel gefeiert. **Choortverein Nidritz.** Nidritz 1. — Nidritz 1. 1:4. Es ist bereits der 2. Gegner der 1. Klasse, der den Nidritzern den Sieg überlassen mußte. Der ungunstige Boden ließ ein einwandfreies Spiel nicht aufkommen.

Auf Hieselwürde.

Roman von Fritz Ganser.

28. Fortsetzung. Nachdruck verboten. Sie griff nach seiner Hand und hielt sie fest. „Ja, ich nur, wir hätten zusammen. . . Aber ich denke, — sie schlug einen frischen, heiteren Ton an, — es ist nicht mehr länger nötig, daß wir uns Liebeserklärungen, sozusagen, machen und uns unsere gegenseitige Zuneigung versichern. . . Was meinst Du zu 'ner ordentlichen Tasse Kaffee? Sollte die der Seele nicht 'n bisschen neuen Schwung geben und das aus dem Lot geratene Herz wieder zurechtbringen?“ Er schien keinen rechten Gefallen an ihrer Lustigkeit zu finden. Das hübsche Mädchen, das um seine Lippen spielte, sah gequält aus. „Wenn Du meinst, Tante Malve?“ „Ja, ich meine. Ich meine ganz entschieden! Ich schwöre auf Kaffee als Heilmittel für feierliche Tiefsünde.“ Sie erhob sich mit einer Art jugendlicher Plastik. „Und wenn Du nicht magst, dann will ich wenigstens meinen Nachmittagskaffee nicht länger vermissen.“ Sie warf einen Blick auf die Uhr. „Es ist ohnehin schon eine Stunde über die gewöhnliche Kaffezeit. Bald ist wieder sechs. Ne, ich warte nicht länger.“ „Sei gut, Tantechen! Ich leiste Dir Gefälligkeit.“ „Na also!“ Sie zauderte einen Augenblick. Dann sagte sie rasch: „Und Fraulein Burmann? Na, die wird ihren Rathreimer auch haben wollen. Da trinken wir schon am besten alle drei einen richtigen Verjöhnungskaffee, d. h. was sie und Dich angeht.“ Er war offenbar äußerst unangenehm berührt. Sagte dann aber doch: „Meinetwegen!“ „Es ist Dir nicht recht?“ „Ich sagte ja, daß ich einverstanden bin — abgesehen von der Verjöhnung, die höchstens Fraulein Burmanns Sache ist — aber ich bin überzeugt, daß die junge Dame nicht erscheinen wird. An ihr ist doch noch alles Empörung und Aufregung. Sie hat sicher einen ihrer verübten Anfälle . . . oder paßt schon. . .“ „Du darfst nicht so spöttisch reden, Joachim. Und im übrigen laß das anders nur meine Sorge sein! Du sollst sehen, sie kommt!“ Joachim zuckte nur die Schultern. Er glaubte es nicht. Als er eine Viertelstunde später auf die glasüberdeckte Terrasse trat, wo man den Kaffee am Nachmittag während des Sommers zu trinken pflegte, fand er noch niemand vor. Der Tisch stand gedeckt und das Mädchen hantierte an der Kaffeemaschine. Als es gegangen war, lehnte er sich, das Gesicht nach dem Park gefehrt, an den Sandsteinpfeiler der Balustrade und wartete. Im weichen Sonnenlichte erkannte er Rematens. Die Morgenstunde auf der Höhe im Walde wurde in ihm lebendig.

möglich, daß ein klares, helles Glücksleuchten so schnell von Schatten hinweggewischt werden konnte. . . Und warum. Das flirrende Klirren der Gläser zum Spelzszimmer, ein halbzitternder Schritt hinter ihm und der angstvolle Ruf: „Joachim!“ ließen ihn jäh herumfahren. Da stand Tante Malve. Lebend am ganzen Körper. Grau, sah im Gesicht. In ihrer Rechten zitterte das unordentlich, offenbar in Hast abgerissene Stück eines Briefbogens. „Herz Gott, Joachim, hier, lies! Es ist entsetzlich!“ Sie sank wie vernichtet auf einen Stuhl und starrte mit einer Art Hilflosigkeit zu Boden. Joachim's Augen glitten über die wenigen Zeilen, die das Stück Papier in kniffligen, schwer zu entziffernden Buchstaben bedeckten: „Es will mich niemand. Es versteht mich kein Mensch. Die Einsamkeit meines Lebens erdrückt mich. Es ist rings um mich dunkel und kalt. Ich will eine andere Welt suchen. . . Vielleicht finde ich dort eine gleichgestimmte Seele. . . Und wenn es keine andere Welt gibt? . . . Dann werde ich wenigstens im ewigen Dunkel Ruhe finden. Niemand soll mich wiedersehen. . .“ Edith Burmann.“ Joachim hatte das Empfinden, als fehte der Schlag seines Herzens aus. Ein Flirren war vor seinen Augen. Sekundenlang war er keines Gedankens fähig. Etwas wie graufige Angst spannte ihm die Kehle zu. Tante Malve sah voll wartender Furcht in sein Gesicht. „O Gott, Joachim!“ stöhnte sie. „Sprich, gib einen Laut von Dir! Dein Schweigen ertrage ich nicht!“ Mit Mühe machte er seine Stimme frei. Sein Räuspern klang heiser. Er zerknitterte das Papier nerods zwischen den Fingern. „Sie muß wahrhaftig sein!“ stieß er endlich hervor. Er starrte auf einen hellen Sonnenfleck an der Wand, tat zwei erregte Schritte und schleuderte das zusammengeknüllte Papier in eine Ecke. Seine Rechte fuhr tastend über die Stirn, die feucht war. Dann drehte er sich hart um. Ein überlegendes Besinnen glitt häufig über seine Züge. . . „Wenn man die ganze Geschichte ernst nehmen darf. . .“ Sie ist exaltiert. Ihre Ueberspanntheit hat den höchstmöglichen Grad erreicht. In Wirklichkeit denkt sie wohl gar nicht daran, aus dem Leben zu scheiden. Ich glaube weit eher, daß es sich nur um einen Schreckschub handelt.“ Aber er glaubte wohl selbst nicht, was er sagte. Denn seine Stimme zitterte und seine Erregung wuchs. „Keine Vermutungen, Joachim, ich bitte Dich. Denke, was Du willst. Aber handele, handele sofort!“ Fraulein von Ebert sprang in die Höhe und erhob stehend beide Hände zu ihrem Kopfe. „Eine furchtbare Verantwortung lastet auf uns!“ „Ich bitte, beruhige Dich,“ sagte er heiser. „Du bist maßlos erregt. . . Sei sicher, es ist nicht so schlimm.“ Er sprach in dem Bestreben eines Menschen, der anderen gut werden will, um damit seine eigene Sorge zu verdecken.

Sie wuchs immer stärker auf. Safets drückend auf seiner Seele. Ja, die Verantwortung war unendlich groß. Sie war ein Kiesel, der sich langsam erhebt und wächst, immer noch wächst, seine Riesensäule erhebt und sie zerschmetternd niederfallen läßt, alles vernichtend. „Wir müssen sie suchen,“ sagte er dumpf. „Ja, sofort nach ihr suchen. Biete alle verfügbaren Leute auf. . . Ich will auch mitgehen. . .“ „Nein, Du bleibst, bitte,“ sagte er entschlossen. „Dann geh' Du sofort, Joachim. Ich ertrage Deins Anwesenheit in Unfähigkeit nicht eine Minute länger!“ „Ich gebe schon,“ flüch er heraus. . . — Joachim's wahrscheinlichstes Vermuten galt der Annahme, daß Edith nach Ibersiedt gegangen sei, um nach Berlin zurückzukehren. Ulrich Baack mußte anspannen und nach dem Bahnhof fahren. Joachim selbst raffte alle auf dem Hofe verfügbaren Leute zusammen und streifte mit ihnen die Umgegend ab. Karl Klemm, der Inspektor, suchte in allen Läden. Eine Schwereobacht sei das mit diesen Weibern. Sie seien nur in der Welt, um dumme Sachen einzurühren. Und man habe als männliches Wesen die undankbare Aufgabe, ihnen wieder aus der Patsche herauszuhelfen. Und das seien sie gar nicht wert. Einfach sitzen lassen mußte man sie! Aber er war trotzdem einer von denen, die am eifrigsten suchten. . . . Ulrich Baack war längst leer von Ibersiedt zurück. „Nichts,“ sagte er lakonisch, als ihm Tante Malve entgegenstrahlte. In furchtbarer Scheu vor unerwarteten schrecklichen Dingen grinst er blöde vom Wagen herab. „Und Sie haben sich doch auf der Station genau erkundigt, Ulrich, überall gefragt, ob eine junge Dame abgefahren sei. Haben sie genau beschrieben. . .?“ „Niemand, gnä' Fräulein. Niemand gemacht! Die auf der Bahn haben nur mit dem Kopf geschüttelt. Gemüht hat keiner was.“ Im ersten Dunkel kamen einige Arbeiter zurück. Es sei nichts zu machen mehr, riefen sie Tante Malve zu. Sie schienen nicht gerade erbaud von dem Umberlaufen und zeigten ein unwilliges Gesicht, als Tante Malve bat, sie möchten sich noch einmal mit Laternen auf den Weg machen. „Es nuht ja doch nichts,“ sagte der bägere Blim Jendhöfer und ließ gelassen ein neues Stück Kautabak ab. „Wo soll man 'n noch suchen?“ Er nickte den beiden anderen zu: „Kommt doch man, wir gehen nach Hause!“ Tante Malve bat flehentlich von neuem, versprochen jedem eine Extrabelohnung und ersuchte endlich, daß sich die drei bereit fanden, das Suchen fortzusetzen. Sie zündete ihnen selbst zwei Laternen in der Mägenstube an. . . . Auf einer Waldwiese, die nahe der Sophienwalder Bemerkung lag, traf um dieselbe Zeit Joachim mit seinem Inspektor zusammen.